



2. Sitzung

Mittwoch, 2. April 2008

Vorsitzender: Präsident Berndt Röder

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten

Abwicklung und Änderungen der
Tagesordnung

Aktuelle Stunde

17 A Fraktion DIE LINKE:

17 A **Weg mit Hartz-IV-Löhnen im öffentli-
chen Dienst Hamburgs!**

17 A (Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Fraktion der SPD:

**Hamburg braucht Klarheit über die
Mehrkosten für die Elbphilharmonie**

Andy Grote SPD

17 B

Brigitta Martens CDU

18 B

Jens Kerstan GAL

19 A, 23 C

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE

19 D, 26 A

Dr. Karin von Welck, Senatorin

20 B

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD

22 A

Rüdiger Kruse CDU

22 D

Norbert Hackbusch DIE LINKE

24 B

Wilfried Buss SPD

24 D

Hans-Detlef Roock CDU

25 C

Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

**Wahl eines Mitglieds des Kongresses
der Gemeinden und Regionen Europas**

– Drs. 19/52 –

31 A

Ergebnis

31 A

Antrag der Fraktion der SPD:

Studiengebühren abschaffen

– Drs. 19/29 –

31 A

und

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Studiengebühren

– Drs. 19/39 –

31 A

dazu

Fraktion der GAL:

**Partnerschaft mit China – Solidarität
mit Tibet**

Christian Maaß GAL

26 C, 30 B

Wolfhard Ploog CDU

27 B

Günter Frank SPD

28 A

Christiane Schneider DIE LINKE

29 B

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

**Studiengebühren, Moratorium für
Exmatrikulationen wegen Nichtzahlung
der Studiengebühren**

– Drs. 19/89 –

31 B

Britta Ernst SPD

31 B

Wolfgang Beuß CDU

33 A

Dr. Eva Gumbel GAL

33 B

Dora Heyenn DIE LINKE

34 A

Ingo Egloff SPD

36 C

Frank Schira CDU

37 B

Norbert Hackbusch DIE LINKE	37 C
Michael Neumann SPD	37 D
Beschluss	38 B

Antrag der Fraktion der SPD:

Kindertagesbetreuung in Hamburg ab August 2008: kostenfreies Mittagessen und Beitragsfreiheit im letzten Jahr vor der Einschulung

– Drs. 19/30 –	38 B
Carola Veit SPD	38 B
Egbert von Frankenberg CDU	39 C
Christiane Blömeke GAL	39 D, 41 D
Kersten Artus DIE LINKE	40 B
Thomas Böwer SPD	41 B
Mehmet Yildiz DIE LINKE	42 A
Beschluss	43 A
Sammelübersicht	42 D
Beschlüsse	43 A

Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Verlängerung des nationalen Mandats eines Mitglieds des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union

– Drs. 19/50 –	43 A
Günter Frank SPD	43 A
Klaus-Peter Hesse CDU	43 D
Christian Maaß GAL	44 B
Beschluss	44 C

Antrag der Fraktion der SPD:

**Gute Arbeit verdient faire Löhne
– Hamburg setzt sich für einen gesetzlichen Mindestlohn ein**

– Drs. 19/25 –	44 C
Beschluss	44 D

Antrag der Fraktion der SPD:

Gute Entlohnung für gute Arbeit für die Hamburger Ratsdienerinnen und Ratsdiener

– Drs. 19/26 –	44 D
Beschluss	44 D

A

Beginn: 15.02 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen. Die Sitzung ist eröffnet.

Bevor wir zur Aktuellen Stunde kommen, teile ich Ihnen mit, dass die GAL-Fraktion ihre Debattenanmeldung zu Tagesordnungspunkt 28 zurückgezogen hat. Somit wird über den Antrag aus der Drucksache 19/31 im Anschluss an die verbliebenen Debatten abgestimmt werden.

Darüber hinaus hat die SPD-Fraktion beantragt, über die Drucksachen 19/25 und 19/26 nicht im Rahmen der Sammelübersicht, sondern separat abstimmen zu lassen. Das wird dann auch geschehen. Dies betrifft die Tagesordnungspunkte 22 und 23. Eine Neufassung der Sammelübersicht wird sogleich verteilt werden.

Wir kommen dann zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der SPD-Fraktion

Hamburg braucht Klarheit über die Mehrkosten für die Elbphilharmonie

von der GAL-Fraktion

Partnerschaft mit China – Solidarität mit Tibet

und von der Fraktion DIE LINKE

B

Weg mit Hartz-IV-Löhnen im öffentlichen Dienst Hamburgs!

Ich komme zum ersten Thema der SPD-Fraktion. Wird das Wort gewünscht? Das ist der Fall. Der Abgeordnete Grote bekommt das Wort.

Andy Grote SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Elbphilharmonie ist zweifellos ein städtebauliches Ausnahmeprojekt, das für Hamburg zu einem einzigartigen kulturellen und architektonischen Wahrzeichen werden kann und nach dem Willen der SPD-Fraktion auch werden soll. Leider wird die öffentliche Wahrnehmung derzeit ein weiteres Mal von unerwarteten Mehrkosten der Realisierung geprägt, von bis zu 20 Millionen Euro ist die Rede. Worüber sprechen wir?

Zu Beginn im Jahre 2003 sollte die Elbphilharmonie zunächst gar keine öffentlichen Gelder kosten. In der Machbarkeitsstudie 2005 waren wir bei Gesamtkosten von 186 Millionen Euro, davon 77 Millionen Euro vom Haushalt zu tragende Kosten. 2007 teilte der Senat dann mit, die Gesamtkosten lägen jetzt bei 241,3 Millionen Euro, davon für den Haushalt 114 Millionen Euro; das sind nur die Baukosten im engeren Sinne. Es gibt etliche Positionen, die noch dazu gehören würden, man könnte das aufaddieren bis zu 277 Millionen Euro. Das war der öffentliche Finanzierungsanteil 2007.

Diese Mehrkostenentwicklung ist damals in den Ausschussberatungen heftig umstritten gewesen und im Rahmen einer harten Diskussion hat es der Senatsbeauftragte auch nicht an klaren Aussagen fehlen lassen. Er hat gesagt: Ich sage hier klar und eindeutig, dass das Kostenrisiko im Bauprozess nach den abgeschlossenen Leistungsverträgen allein beim Bieterkonsortium IQ² liegt,

das die Bauleistung zu einem Pauschalpreis angeboten hat; unwägbare Risiken bestehen nicht.

C

Der vertraglich vereinbarte Festpreis war dabei der entscheidende Kern der damaligen Zusicherung. Heute stellen wir fest, dass es trotz des Festpreises erneut erhebliche Kostensteigerungen geben wird, 20 Millionen Euro stehen im Raum. Ob und inwieweit hierfür unabweisbare, unvorhersehbare Planungsänderungen der Freien und Hansestadt Hamburg verantwortlich sind, ist völlig unklar. Es geht um die Kühlung, aber offenbar auch um zahlreiche weitere baubedingte Mehrkosten, die der Generalunternehmer geltend gemacht hat. Über die Berechtigung der Nachforderungen des Generalunternehmers, der über 100 potenziell kostenrelevante Behinderungsanzeigen abgegeben hat, wird derzeit juristisch mit ihm gestritten. Fest steht aber bereits, dass mehrere Millionen Euro in jedem Fall an Mehrkosten von der Stadt zu tragen sein werden.

Hierzu erklärt der Senatsbeauftragte nun, die Elbphilharmonie sei kein statisches Projekt, sondern entwickle sich eben stetig weiter, das sei ein völlig normaler Vorgang. Was ist das denn? Der Senat hat einen Festpreis vereinbart und Sinn eines Festpreises ist gemeinhin, dass der Preis fest ist.

(Beifall bei den Fraktionen SPD und GAL)

Nun wird uns erklärt, das mit dem Festpreis dürfe man nicht so statisch sehen, der könne sich auch dynamisch und flexibel entwickeln. Selbst wenn die Mehrkosten zum Teil auf bauberreitsseitig zurückzuführen bedingte Planungsänderungen sein sollten, ist der gesamte Vorgang ein Desaster für den Senat. Das ist weit entfernt von der Verlässlichkeit und Solidität, die man für die Planung eines solchen Projekts braucht.

D

Nun wird gesagt, die genannten Zahlen seien eine Spekulation. Das ist sicherlich richtig, denn zu befürchten sind in Wahrheit wesentlich höhere Mehrkosten, denn wir befinden uns in einem ganz frühen Bauabschnitt. Derzeit geht es noch um die Kühlung. Das ist noch etwas, von dem man gehört hat, dass es an anderen Orten der Welt schon mal erfolgreich eingebaut worden sein soll. Wir sind noch bei Weitem nicht in der Nähe der spektakulären Glasfassade, die so tatsächlich noch nirgendwo gebaut wurde und die mit ihren ganz eigenen, spezifischen Risiken behaftet ist.

Wir werden uns deshalb – das ist zu befürchten – noch auf ganz andere Kosten einstellen müssen und das ist dramatisch, denn ein Projekt dieser Größenordnung ist immer auf die öffentliche Zustimmung und Akzeptanz angewiesen und diese Zustimmung der Hamburgerinnen und Hamburger setzt der Senat gerade aufs Spiel.

(Beifall bei der SPD-Fraktion und bei *Elisabeth Baum* DIE LINKE)

Auch ein Ausnahmeprojekt wie die Elbphilharmonie bewegt sich haushaltstechnisch nicht im luftleeren Raum, sondern ist in einen Gesamtkontext öffentlicher Investitionen eingebunden und muss in diesem auch verstehbar und nachvollziehbar bleiben, denn machen wir uns nichts vor, für viele Menschen in Stadtteilen wie Rahlstedt, Wilhelmsburg, Jenfeld, Lurup oder Billstedt ist die emotionale Verbundenheit zur Elbphilharmonie begrenzt. Wenn dort gleichzeitig wahrgenommen wird, dass in ihren Stadtteilen Investitionsmittel ...

A (Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, darf ich Sie auf die Bedeutung des Lichts rechts von Ihnen hinweisen. Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Andy Grote (fortfahrend): Das ist ein außerordentlich nützlicher Hinweis, vielen Dank.

(Frank Schira CDU: Finden wir auch!)

Dann schließe ich mit einem letzten Satz. Das Vertrauen in die Zusicherung des Senats, dass der Festpreis als zentrale Grundlage die Kalkulierbarkeit und Kontrolle über die Kosten gewährleiste, ist erschüttert. Entfällt aber diese Grundlage, wird das Projekt die öffentliche Zustimmung verlieren, ohne die die Elbphilharmonie nicht leben kann.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, selbst bei der ersten Rede geht das nun bei Weitem zu weit. Ihre Redezeit ist vorüber.

Andy Grote (fortfahrend): Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD-Fraktion und vereinzelt bei der GAL-Fraktion)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Martens.

B

Brigitta Martens CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich gehe davon aus, dass der Wille zur Realisierung des Projekts Elbphilharmonie nach wie vor bei allen hier im Hause vorhanden ist, auch bei Ihnen, Herr Grote, obwohl Sie es als ein Desaster bezeichnet haben.

(Michael Neumann SPD: Die Finanzierung! Finanzierung!)

– Na gut, differenzieren wir.

Die Elbphilharmonie ist ein außergewöhnliches und einmaliges Projekt, auch da stimmen wir alle überein. Es hat bereits in der Planungsphase weltweit Aufmerksamkeit erregt. Die "Elphi" wird für Hamburg ein neues ...

(Heiterkeit bei allen Fraktionen – Zurufe: Elphi, Elphi!)

– Ich dachte, das sei schon allgemein im Sprachgebrauch in Hamburg angekommen.

(Dr. Michael Naumann SPD: Das ist Gälisch und steht für Gespenst!)

Die Elbphilharmonie wird für Hamburg ein neues architektonisches Wahrzeichen werden. Sie wird nach meiner festen Überzeugung nicht nur einer der besten Konzertsäle der Welt, sondern auch einer der kostengünstigsten. Nehmen Sie die Konzerthäuser in Los Angeles, Luzern und Luxemburg. Sie gehören zu den wichtigsten der in letzter Zeit weltweit realisierten Projekte. Dort liegen, gemessen am Quadratmeter Bruttogeschossfläche, die Kosten deutlich höher als bei der Elbphilharmonie. Dazu nur eine Zahl im Vergleich: Die Oper in Oslo, die in weni-

gen Tagen eröffnet wird, schlägt mit 450 Millionen Euro zu Buche.

C

(Zurufe von den Fraktionen SPD und DIE LINKE)

Damit unser Konzerthaus für alle nicht zum sogenannten "fressenden Haus" wird, wie es Siegfried von Vegesack schon in einem Buchtitel beschrieben hat, sind deutliche Vorkehrungen getroffen worden. Das Kostenrisiko im Bauprozess ist in der Tat, wie Herr Grote sagte, mit dem Bieterkonsortium für die Bauleistungen auf einen Pauschalpreis minimiert. Maßstab hierfür war das bei Vertragsabschluss festgelegte Bausoll. Es kann doch niemand ernsthaft erwarten, dass ein solches Projekt wie die Elbphilharmonie mit Vertragsabschluss statisch und ohne Änderung einfach abgearbeitet werden kann.

(Beifall bei der CDU-Fraktion)

Für Unvorhergesehenes sind Mittel in Höhe von 10 Millionen Euro bekanntermaßen für die Baukosten im öffentlichen Bereich bereitgestellt und wir haben außerdem einvernehmlich in der Bürgerschaft beschlossen, dass für das Projekt "Elphi" die Abgeordneten halbjährlich einen Sachstandsbericht vom Senat zur Kostenentwicklung und zum Sponsoringkonzept erhalten.

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, versuchen heute mit der Anmeldung des Themas zur Aktuellen Stunde unlauter den Anschein zu erwecken, als hätten wir mit der Elbphilharmonie ein Projekt mit überdimensionalen Kostensteigerungen.

(Beifall bei der CDU-Fraktion)

Wie schon das "Hamburger Abendblatt" kommentierte, diagnostizieren Sie mit einer seltsamen Lust an der Katastrophe bei der Elbphilharmonie sofort ein Fass ohne Boden.

D

(Rolf-Dieter Klooß SPD: "Elphi", ein Fass ohne Boden!)

Fakt ist doch aber, dass wir bisher nur einmal, nämlich im Februar 2007, über eine Kostensteigerung bei der Elbphilharmonie diskutiert haben. Diese Kostensteigerung erklärte sich aber aus der Entwicklung von der Machbarkeitsstudie bis hin zur Realisierung des Projekts. Das ist doch ganz normal, auch wenn Sie das nicht so sehen, Herr Grote.

(Beifall bei der CDU-Fraktion)

Die vor allen Dingen heute von Ihnen gerügten Kostensteigerungen kommen in der Sache nicht überraschend. Sie sind uns schon vorher bekannt gewesen, nur die Summe an sich nicht. Im letzten vorgelegten Sachstandsbericht vom 4. September 2007 wurde bereits vom Senat darauf hingewiesen – ich zitiere aus der Drucksache –:

"Der Generalunternehmer (...) stellt"

– wie bei derartigen Großprojekten üblich –

"in erheblichem Umfang formale Behinderungsanzeigen."

Selbstverständlich kommt es im Laufe der Bauphasen zu Projektänderungen, deren Notwendigkeit nicht vorhersehbar war, hier konkret die Probleme bei Kühlung und Gründung. Auch die sich hieraus ergebenden Zeitverzögerungen wurden uns bereits ausdrücklich benannt. Der Projektkoordinator der "Elphi", Herr Wegener, hat bereits

- A in einer Ausschusssitzung vor über einem Jahr darauf hingewiesen. Versuchen Sie also bitte nicht, mit Schattengefechten ein Weltprojekt auf provinzielle Art und Weise kaputtzureden.

(Beifall bei der CDU-Fraktion)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kerstan.

(Ingo Egloff SPD: Seit wann haben Sie Ahnung von Kultur, Herr Kerstan? – Dr. Michael Naumann SPD: Kostensteigerungen sind seine Stärke!)

Jens Kerstan GAL:* – Ich kann alles.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Projekt der Elbphilharmonie haben die Fraktionen, die in der letzten Bürgerschaft vertreten waren, einstimmig verabschiedet und es liegt in der Natur der Sache, dass wir jetzt auch alle gemeinsam ein Interesse daran haben, dass dieses Projekt ein Erfolg wird.

(Beifall bei den Fraktionen GAL und CDU und vereinzelt bei der SPD-Fraktion)

Ein Erfolg kann dieses Projekt allerdings nur dann werden, wenn auch in der Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, dass bei diesem Projekt ein Höchstmaß an Transparenz gegeben ist und die realen Fakten der Bevölkerung und dem Parlament auch nicht vorenthalten werden.

- B Vor diesem Hintergrund ist es mehr als misslich, dass jetzt durch den Senatsbeauftragten schon zum wiederholten Male der Eindruck entsteht, dass das vielleicht nicht der Fall sein könnte. Es ging schon damit los, dass sich Herr Wegener auf Grundlage einer Machbarkeitsstudie auf eine bestimmte Bausumme festgelegt hatte, wo jeder Fachkundige weiß, dass das kein vernünftiger Mensch jemals tun würde.

(Dr. Michael Naumann SPD: Aber Sie haben zugestimmt!)

Selbst auf wohlmeinenden Rat hin blieb er bei dieser festen Ansage und musste dann wenige Zeit später einräumen, dass diese Ansage nicht gehalten werden kann. Das war der erste Punkt, über den man sich streiten kann, ob die Höhe der auftretenden Kostensteigerungen wirklich so unabweisbar war, wie Sie das eben dargestellt haben; da hatte meine Fraktion durchaus eine andere Auffassung.

Jetzt kommt Herr Wegener zu einem Zeitpunkt an die Öffentlichkeit und erweckt erneut den Eindruck, dass es wieder zu Kostensteigerungen kommt. Wenn man sich den Sinn und Zweck einer solchen Kostenvereinbarung anguckt, dann ist es ein ganz normales Spiel, auch wenn man einen Festpreis vereinbart hat, dass der Bauträger trotzdem kommt und mit jeder Art von Nachforderungen versucht, sein Risiko zu minimieren. Das ist nicht nur bei der Elbphilharmonie so, sondern auch bei der Messe und bei vielen anderen Projekten und im Vertrag ist in der Tat auch ein Verfahren festgelegt, wie damit umgegangen wird. Zu solchen Kostensteigerungen zulasten der Stadt kommt es nur, wenn der Senat dem zustimmt. Wenn es dort einen Dissens gibt, dann ist sogar ein förmliches Schiedsverfahren vereinbart, wie eine Einigung herbeigeführt werden muss.

Das wirklich Kritische zum jetzigen Zeitpunkt ist, dass niemand von uns und auch Herr Wegener nicht weiß, ob

diese Kosten, die er in den Raum gestellt hat, auch wirklich zulasten der Stadt gehen, denn wir stehen nicht am Ende dieses Verfahrens, sondern am Anfang. Da kann man sich schon seine Gedanken darüber machen, warum Herr Wegener so agiert, wie er agiert hat, denn wenn man sich diese Kostensteigerungen anguckt, die jetzt kommen, dann können die nicht so ganz vom Himmel gefallen sein.

(Beifall bei den Fraktionen GAL und SPD)

Mir ist zum Beispiel nicht bekannt, dass eine EU-Richtlinie in Bezug auf Kühlungsbedarfe so vom Himmel fällt, sondern die war mit Sicherheit vor einem Jahr auch schon absehbar.

(Dr. Michael Naumann SPD: Und Sie haben zugestimmt!)

Dass man bei der Untersuchung des Untergrunds als Bauherr, als Eigentümer auch einmal die Grundwasserleiter untersucht und es vielleicht zu Steigerungen kommen kann, dass nicht der erste, sondern der zweite angebohrt werden muss, ist dann eher ein Punkt, den wahrscheinlich nicht der Bauträger zu vertreten hat, sondern der Eigentümer und in dieser Funktion Herr Wegener. So entsteht doch der Eindruck, dass ein Angestellter eines öffentlichen Unternehmens versucht, sich einen weißen Fuß zu machen und von eigenen Versäumnissen abzulenken. Da muss man als Parlament ganz eindeutig sagen, so kann es auch nicht gehen.

(Beifall bei den Fraktionen GAL und SPD)

Es ist nicht nur irritierend, nicht nur ärgerlich, sondern auch nicht akzeptabel, dass Herr Wegener mit dieser Art und Weise des Vorgehens die Position der Freien und Hansestadt Hamburg am Anfang dieses Schiedsprozesses, der jetzt eingeleitet wird, durch sein Nach-außen-Tragen dieser eventuell auftretenden Kostensteigerung gefährdet. Damit schwächt er die Verhandlungsposition von Hamburg in den Verhandlungen mit dem Bauträger und das ist schlichtweg und ergreifend nicht akzeptabel.

(Beifall bei den Fraktionen GAL und SPD)

Vor diesem Hintergrund erwarte ich von dem amtierenden Senat, dass er auch gegenüber einem Angestellten eines öffentlichen Unternehmens klar macht, dass die Entscheidung in solchen Fällen nicht Herr Wegener trifft, sondern schlichtweg und ergreifend der Senat dieser Freien und Hansestadt Hamburg und dass bestimmte Leute sich daher mit Äußerungen zurückhalten sollten.

Deshalb müssen wir diese Debatte führen, wenn Kostensteigerungen auf die Stadt zukommen. Das ist im Moment noch nicht der Fall, niemand weiß, ob und wann es soweit ist. Aber bis dahin sollte dieser Senat den Angestellten Herrn Wegener an die Kandare nehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL-Fraktion und vereinzelt bei der SPD-Fraktion)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Fraktion DIE LINKE begrüßt diese Debatte außerordentlich, weil wir hier über einen möglichen Betrag von 20 Millionen oder mehr

- A reden und Sie oder wir alle doch genau wissen, dass Hamburg momentan nicht so viele Ressourcen hat, die wir ohne Weiteres in dieses Weltprojekt stecken könnten. Für 20 Millionen könnten wir locker das Büchergeld abschaffen,

(Kai Voet van Vormizeele CDU: Da verwechseln Sie investive Kosten mit Betriebskosten!)

also die Lern- und Lehrmittelfreiheit wiederherstellen, oder beispielsweise die Schülerfahrkarten wieder einführen. Das heißt, wir reden sehr wohl über einen Betrag, der relativ hoch ist.

Ich will aber noch auf einen anderen Punkt hinaus und das macht uns viel mehr Sorgen. Wenn Sie in den Rechnungshofsbericht gucken, dann finden Sie dort folgende Bemerkung: Auch die besondere Bedeutung des Projekts Elbphilharmonie erlaubt es nicht, jeden Aufwand von vornherein als gerechtfertigt anzusehen. Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass mit Elbphilharmonie und Hafen-City ein Mythos aufgebaut wurde, wo Sie auf der einen Seite das Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit außer Kraft gesetzt haben und darüber hinaus – das schreibt der Rechnungshof Ihnen sozusagen ins Stammbuch – in vielen Punkten im Zusammenhang mit der Elbphilharmonie darauf verzichtet worden ist, etatfreie Vorlagen vorzulegen. Das heißt, wir haben über diesen Mythos Elbphilharmonie zugleich eine Aushebelung des Budgetrechts dieses Hauses.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Wenn Sie das als eine witzige Angelegenheit betrachten, dann bin ich über Ihr Demokratieverständnis erschüttert.

- B (Kai Voet van Vormizeele CDU: Sie haben überhaupt keine Ahnung, wovon Sie reden!)

Wir werden das künftig häufiger auf die Tagesordnung setzen. Wir wollen diese Diskussion über Prioritäten und unsere Fraktion will, soweit wir das können und Sie das zulassen, auch das Budget- und Kontrollrecht dieses Hauses einführen.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senatorin Professor von Welck.

Senatorin Dr. Karin von Welck: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die von der SPD-Fraktion beantragte Aktuelle Stunde zum Projekt Elbphilharmonie gibt mir die Gelegenheit, Sie über den Stand des Projekts kurz zu informieren, wobei Sie wissen, dass diese Informationen turnusgemäß ohnehin für Ende Mai vorgesehen waren. Wir unterrichten regelmäßig halbjährlich über den aktuellen Projektstand und die letzte Unterrichtung der Bürgerschaft, insbesondere über die Kostenentwicklung, erfolgte im September 2007, bezogen auf den Sachstand 31. Juli 2007. Die nunmehr anstehende Unterrichtung mit dem Stichtag 31. Januar 2008, das heißt sechs Monate später, ist zurzeit in der Behördenabstimmung und wird die Bürgerschaft im Mai erreichen.

Die in den letzten Tagen aufgekommene Kostendiskussion ist natürlich eine Diskussion, die wir zum derzeitigen Zeitpunkt in der Tat sehr problematisch finden. Da stimme ich Ihnen, Herr Kerstan, sehr zu, denn wir sind noch in den Verhandlungen mit den Investoren, aber trotzdem nehme ich natürlich dazu Stellung. Sie beruht auf den

Entwicklungen, die sich in der zweiten Jahreshälfte 2007 ergeben haben und in den letzten Wochen verdichtet haben und danach ergibt sich folgendes Bild:

Die Bürgerschaft hatte – daran erinnern Sie sich – dem Gesamtprojekt, dessen Bauvolumen sich auf netto 241 Millionen Euro beläuft, zusätzliche Mittel für Unvorhergesehenes in einer Größenordnung von 10 Millionen Euro zur Verfügung gestellt; dies entspricht circa 4 Prozent der gesamten Bausumme. Dieser Umfang entsprach unserer damaligen Risikoeinschätzung. Bis Ende Januar 2008 sind Mittel in Höhe von knapp 3,5 Millionen Euro für Unvorhergesehenes verplant worden, in den letzten Wochen haben sich weitere Mehrbedarfe in Höhe von ebenfalls rund 3,5 Millionen Euro ergeben. Damit sind von den 10 Millionen Euro für Unvorhergesehenes knapp 7 Millionen Euro in Anspruch genommen beziehungsweise belegt worden.

Die Begründungen für die vier größeren Einzelposten sind Ihnen weitgehend aus der letzten Berichtsdrucksache beziehungsweise den Ausschussberatungen bekannt. Es handelt sich erstens um einen Nachtrag für vereinbarte Bauzeitenverlängerung in Höhe von 1,65 Millionen Euro, zweitens um vereinbarte Nachträge zur Energieoptimierung und Grundwasserleitung, zusammengekommen 2,5 Millionen Euro. Bereits in der Ausschussberatung vom Februar 2007 hatte unser Projektkoordinator, Herr Wegener, auf das Planungsziel einer Grundwassernutzung hingewiesen. Diese Grundwassernutzung ist jüngst dadurch möglich geworden, dass am zweiten Grundwasserleiter, der anders als der erste Grundwasserleiter in 180 Meter Tiefe liegt, Nutzungsrechte frei geworden sind; das war vorher nicht der Fall. Diese Grundwassernutzung ist unverzichtbar, da die geplante Kühlung mit Elbwasser mittlerweile aufgrund im Planungsprozess geänderter rechtlicher Rahmenbedingungen der Fischgewässerrichtlinie und den damit verbundenen Temperaturbegrenzungen nicht mehr möglich ist.

Ähnlich unvorhersehbar waren die Mehrkosten, die durch weitere Energieoptimierung im öffentlichen Bereich verursacht worden sind. Hier geht es darum, in the long run die Betriebskosten zu senken und zugleich ökologisch nachhaltig zu wirtschaften. Es handelt sich bei dieser Energieoptimierung anstatt der bisher geplanten konventionellen Lüftungsanlagen nunmehr um solche mit hocheffizienten Wärmetauschern, die einen deutlich höheren Wirkungsgrad haben und die die notwendige Anschlussleistung der Anlagen um etwa ein Drittel verringern werden. Auch hier ist es der Mannschaft um Herrn Wegener gelungen, Wirtschaftlichkeitsaspekte im Betrieb mit ökologischen Zielsetzungen zu verbinden.

Drittens ist neben diesen insgesamt 4,15 Millionen Euro für baulich nicht vorhersehbare Mehrkosten eine weitere Kostensteigerung von circa 1 Million Euro durch höhere Baugenehmigungsgebühren eingetreten, die auch durch die Forderungen der anderen Planer entstehen. Diese gehen nämlich darauf zurück, dass die Integration der Investorenplanung aufseiten der Baugenehmigungsbehörde einen erhöhten Prüfungsaufwand erfordert. Ein Teil dieser Mehrkosten geht – das wissen Sie – immerhin in die Stadtkasse.

Schließlich, und dies ist der vierte Punkt, ist es aufseiten der Architekten durch die eben beschriebenen Planungsänderungen zu Folgekosten gekommen. Insgesamt belaufen sich die schon beantragten beziehungsweise in

C

D

- A den nächsten Wochen zu beauftragenden Kosten auf knapp 7 Millionen Euro. Diese Mehrbedarfe – dies ist der aktuelle Status quo – sind damit durch die vorhandene Risikoreserve von 10 Millionen Euro abgedeckt.

Neben den bisher bezifferbaren Kostensteigerungen gibt es jedoch noch zwei weitere Bereiche, in denen wir zurzeit mit Kostensteigerungen rechnen, die sich allerdings zum jetzigen Zeitpunkt – da komme ich noch einmal auf die Worte von Herrn Kerstan zurück – nicht beziffern lassen, sondern verhandelt werden müssen. Der eine Bereich betrifft Nachträge des Investors im Zusammenhang mit der Integration der Investorenplanung. Dass der Investor eine Vielzahl von Nachträgen stellt, nicht zuletzt, um dem Korsett des Festpreises, das ich Ihnen gleich noch einmal erkläre, Herr Grote, zu entkommen, ist bei einem derartigen Bauprojekt an der Tagesordnung. Es geht nun natürlich darum, in jedem Einzelfall zu prüfen, in welchem Umfang solche Nachforderungen berechtigt sind und wenn sie berechtigt sein sollten, in welcher Höhe.

Wie bereits mit der Drucksache 18/6905 mitgeteilt, sind mit dieser Prüfung auch zusätzliche Projektsteuerungskosten verbunden. Über die Höhe dieser Eigenregiekosten gibt es zurzeit Abstimmungsgespräche zwischen ReGe und den zuständigen Fachbehörden.

Die Komplexität der Materie macht es zurzeit aber unmöglich, für die Nachträge des Investors eine belastbare Kostenschätzung abzugeben. Unabhängig davon – und das ist der Punkt – würde die Bekanntgabe einer solchen, auch nur geschätzten Zahl die Verhandlungsposition der Stadt gegenüber dem Investor schwächen und auf jeden Fall zum Nachteil der Stadt sein. Erst nach Abschluss der Verhandlungen, die zwischen Mai und September stattfinden werden, kann daher seriöserweise eine Kostenangabe erfolgen. Hierfür kann ich Sie leider nur um Verständnis bitten.

B

Um vergleichbare Geduld muss ich Sie auch beim zweiten Bereich einer möglichen Kostensteigerung bitten. Dies betrifft Planungen, die wir als Stadt zu verantworten haben, und zwar im eigentlichen Konzertbereich bei der sogenannten Szenografie, das heißt der technischen Ausstattung des Konzertsaals. Hier rechnen wir mit Kostensteigerungen, die wir auch in der Höhe nicht benennen können. Diese Kostensteigerungen sind aber ebenfalls bis Spätsommer mit dem Investor zu verhandeln.

In aller Klarheit: Wir müssen zurzeit davon ausgehen, dass auf Grundlage unserer aktuellen internen Kostenschätzung und nach Abschluss der Verhandlungen mit dem Investor im Spätsommer 2008 unsere Mittel für Unvorhergesehenes aufgebraucht sein werden und wir mit einer Bitte um Bewilligung weiterer Mittel auf die Bürgerschaft werden zugehen müssen. Kostensteigerungen lassen sich – wie immer in solchen Prozessen – natürlich mit Zahlen und Vergleichswerten erklären, sodass ich Ihnen mitteilen könnte, dass die Elbphilharmonie im Bau Quadratmeterkosten aufweist, die nur halb so hoch sind wie Vergleichswerte anderer Konzerthäuser, aber das ist eine Frage, die Sie heute gar nicht interessiert. Es ist vermutlich auch nicht die Frage, ob es gerade die Public-Private-Partnership-Konstruktion ist, die es uns möglich gemacht hat, im internationalen Vergleich ein so relativ kostengünstiges Konzerthaus – wie das auch Frau Martens gesagt hat – zu bauen, da wir über die Konstruktion der kommerziellen Mantelnutzung den Investor an Dach und Fassade beteiligen.

Ein Teil der Mehrkosten dürfte auf den ersten Blick nachvollziehbar sein. Dies betrifft die eingangs geschilderten Mehrbedarfe in den Bereichen Grundwasserleiter, Energieoptimierung und Bauzeitenverlängerung. Der andere Teil der Mehrkosten, insbesondere die absehbaren Mehrkosten im Konzertbereich, also der Szenografie, gehen auf Änderungen und Ergänzungen der ursprünglichen Planungen zurück. Dies sind Ergänzungen und Planfortschreibungen, die der Steigerung der Qualität des Gebäudes dienen. Wir alle wollen ein Gebäude, das nicht nur von außen weltklasse sein soll, sondern dessen Konzertsaal ebenfalls Weltrang haben wird. Hier sind Mehrkosten insbesondere im Bereich der Gebäudeausrüstung entstanden, zum Beispiel aufwendige Kabelnetze, die für die Rundfunkübertragungen des NDR und die hochwertigen Konzertmitschnitte unerlässlich sind.

C

Es geht also nicht, das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich erwähnen, um rote Teppiche und Marmor an den Wänden, sondern darum, dass die Infrastruktur des 21. Jahrhunderts in einem derart komplexen Gebäude mehr kostet als ursprünglich zusammen mit Fachberatern geschätzt.

(Michael Neumann SPD: Ist das jetzt so überraschend, oder was?)

Hier dürfen und wollen wir allerdings auch nicht den entscheidenden Schritt zu kurz machen, der insbesondere im späteren Betrieb den Unterschied zwischen Weltklasse und Durchschnitt ausmachen würde. Hier liegt dann auch der große Unterschied zum Festpreis, Herr Grote. Der Festpreis bildet einen Zeitpunkt und einen damit verbundenen Leistungsstand ab. Dieser Festpreis schützt aber nicht vor zukünftigen Leistungsveränderungen und Planungsänderungen des Bauherrn, die sich zum Teil erst im Lauf des Planungsprozesses als sinnvoll herausgestellt haben. Damit war und ist der Festpreis aber keineswegs entbehrlich. Ohne den damals vereinbarten Festpreis hätten wir den deutlichen Kostenanstieg im Baugewerbe mitgehen müssen, der im letzten Jahr allein für die Glasfassade eine Kostensteigerung von ungefähr 10 Prozent bedeutet hätte. Vergleichbare Werte gelten für die Entwicklung des Stahlpreises. Die Entscheidung seinerzeit für die Vergabe zum Festpreis war und ist daher sehr richtig.

D

Wir bauen mit der Elbphilharmonie ein Konzerthaus in 70 Meter Höhe auf einem Kaispeicher und haben den Anspruch, dass dieser Konzertsaal in Ausstattung, Funktionalität und Materialität zu einem der besten Konzertsäle der Welt wird. Diese Komplexität hat nicht nur eine Vielzahl von Schnittstellen zur Folge, die der Investor natürlich versucht für Nachträge zu nutzen, sie stellt auch in Planung und Bau eine ständige Herausforderung dar. Sicher ist aber, dass die Kostenentwicklung nach den uns vorliegenden Informationen weder eine Kostenexplosion noch eine Katastrophe oder gar ein Desaster darstellt, sondern – davon bin ich überzeugt – Ausdruck einer Realität ist, die bei Projekten von diesem Anspruch nicht zur Gänze ausgeschlossen werden kann – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU-Fraktion)

Präsident Berndt Röder: Verehrte Frau Senatorin, Sie haben soeben 225 Prozent der Redezeit eines Abgeordneten in Anspruch genommen. Das entspricht nicht der Absprache, die das Parlament mit dem Senat hat. Wir werden mit dem neu gebildeten Senat darüber erneut in

- A Gespräche einzutreten haben. – Frau Dr. Stapelfeldt, bitte.

(Beifall bei den Fraktionen SPD, GAL und DIE LINKE – *Dr. Michael Naumann SPD*: Kostensteigerungen, wohin man schaut!)

Dr. Dorothee Stapelfeldt SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das, was uns Frau Senatorin vorgetragen hat, bedeutet für uns, dass wir einen beratungsintensiven Sommer vor uns haben werden und nicht erst einen Herbst, Frau Senatorin. Denn das wird auf jeden Fall nicht gehen. Aber auf Ihre Bemerkungen komme ich gleich noch zurück.

Zunächst zur CDU: Frau Martens, Ihre Bemerkungen möchte ich ausdrücklich zurückweisen.

(Beifall bei der SPD-Fraktion)

Es ist nicht unlauter von der SPD, dieses Thema anzumelden, sondern nach dem, was wir eben in der Sache von Frau von Welck gehört haben, ist es mehr als richtig, dass wir das getan haben.

(Beifall bei der SPD-Fraktion und vereinzelt bei der Fraktion DIE LINKE)

Geht es doch schließlich darum, dass nicht nur das Parlament, sondern auch die Öffentlichkeit eine vollständige Klarheit und Transparenz über die Kostenentwicklung dieses großen und symbolträchtigen Projekts hat. Das ist das Erste zur CDU.

- B Zur GAL: Das war klassisch, Herr Kerstan. Sehr geehrter Herr Kollege, das war der gleiche rhetorische Griff, den Sie schon vor über einem Jahr in den gemeinsamen Ausschussberatungen gemacht haben. Nur damals waren es nicht Sie, sondern damals war es Ihr Kollege, Herr Dr. Maier, der dem Parlament jetzt nicht mehr angehört.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU*: Das nennt man Kontinuität!)

Was ist es, was Sie tun? Sie finden ein Bauernopfer und machen sich einen weißen Fuß. Das ist keine ordentliche Politik.

(Beifall bei den Fraktionen SPD und DIE LINKE)

Völlig klar ist: Natürlich wird die GAL sowohl hier im Parlament als Fraktion als auch natürlich im Senat, wenn es denn dazu kommen sollte, diesem Projekt und den Kostenentwicklungen, Kostensteigerungen und Deckungen aus dem öffentlichen Haushalt zustimmen. Aber vorher suchen Sie ein Bauernopfer und glauben, dass Sie uns damit möglicherweise noch auf Ihre Linie bringen würden. Mitnichten wird das der Fall sein, denn wir gehen von den Fakten aus und zu denen kommen wir jetzt noch einmal zurück.

(Beifall bei der SPD-Fraktion)

Frau Senatorin, ich finde es eigentlich traurig und auch beschämend, dass Sie das, was Sie eben zum Beispiel zu den Kostensteigerungen, die sich im Bereich Unvorhergesehenes ergeben, vorgetragen haben, nicht schon in der vergangenen Woche bei den ersten Pressemeldungen über Mehrkosten der Elbphilharmonie der Öffentlichkeit bekannt gegeben haben. Das ist ja nichts Schlimmes. Dafür, dass es Unvorhergesehenes gibt, ist dieser Titel auch da. Es wird dann die Bürgerschaft sein,

die in den zuständigen Ausschüssen darüber berät, ob es richtig ist, dass das Geld so verwendet wird. Aber Sie hätten darüber schon längst informieren können. Es gibt keinen Grund, dass Sie das zurückgehalten haben. Das ist mein erster Punkt.

(Beifall bei der SPD-Fraktion und vereinzelt bei der Fraktion DIE LINKE)

Mit meinem zweiten Punkt bin ich beim Kern der Sache. Sie kündigen einen Sachstandsbericht für Ende Mai an. Wenn Sie schon in den Behördenabstimmungen sind, dann schaffen Sie es doch bitte bis zum Dienstag der nächsten Woche. Wir haben zwar einen geschäftsführenden Senat, aber der ist handlungsfähig. Der ist nicht außerhalb von jedweder Handlung und er kann auch schneller arbeiten. Das heißt, Sie könnten in der nächsten oder übernächsten Woche im Senat beraten und Sie könnten uns wirklich unmittelbar und umgehend einen solchen Bericht vorlegen.

Was ich von diesem Bericht erwarte, will ich Ihnen auch gleich sagen. Da geht es nicht nur um die feinsäuberliche Auflistung der Kostenpositionen zu den unvorhergesehenen Dingen, die natürlich passieren können. Sondern es geht im Kern um etwas ganz anderes. Es geht um die Frage, ob es bei den Kosten, die uns mit dem Festpreis sozusagen auch mit dem besten Wissen und Gewissen zugesichert wurden, bleiben würde. Es geht nicht um diesen Festpreis und die Kosten, die damit verursacht werden, sondern es geht darum, dass Sie uns deutlich machen, wie Sie bauherrenseitig die Planung so verändern, dass es zu Kostensteigerungen kommt. Diese Kenntnis, diese Hinweise und dieses Wissen hätte ich bitte schön für die Bürgerschaft in diesem Sommer, damit wir über Alternativen verhandeln können und damit wir nicht erst im Herbst eine Senatsvorlage im Plenum und in den Ausschüssen erhalten, in der dann festgehalten wird, dass es um die Summe x oder y an Kostensteigerung geht. Wenn es bauherrenseitige Planungsveränderungen gibt, die zum Beispiel mit dem Kern des Ganzen, nämlich mit dem Konzertbetrieb, zu tun haben, dann gehen Sie damit bitte schön in die Bürgerschaft und lassen Sie uns beraten, ob wir das wirklich wollen und brauchen.

Wir haben gesagt, wir brauchen zwei zusätzliche exzellente Konzertsäle für die Stadt, weil wir für das Musikleben in dieser Stadt einen Impuls setzen wollen. Vor allen Dingen wollen wir auch die musische Erziehung und Bildung unserer Kinder und Jugendlichen damit verknüpfen. Das ist ganz wesentlich.

(Glocke)

Alles, was darüber hinausgeht, was wir jetzt nicht kennen und was Sie uns auch nicht deutlich gesagt haben, müssen Sie bitte diesem Parlament zur Diskussion, Behandlung, Beratung und Entscheidung vorlegen. Nichts anderes geht.

(Beifall bei den Fraktionen SPD und DIE LINKE und vereinzelt bei der GAL-Fraktion)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Kruse.

Rüdiger Kruse CDU:* Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich freue mich, dass sich die Sozialdemokraten schon einmal für die Eröffnung der Elbphilharmonie warm klatschen, weil das mit Sicherheit

- A einer der schönsten Tage in Hamburg werden wird. Ich habe mir natürlich auch überlegt, warum Sie das eigentlich heute anmelden, wenn wir denn im Mai sowieso den Bericht bekommen.

(Michael Neumann SPD: Sie haben ja gar nichts angemeldet von der CDU!)

Sie werden sich gesagt haben, dass der Rahmen der Kostensteigerungen, die auch noch diskutiert werden müssen, so sensationell nicht sei. Das haben alle Vorredner schon gesagt. Gerade deswegen muss man es vorziehen, damit man so etwas wie "Skandal" rufen kann.

(Zurufe von der SPD-Fraktion: Ah, ah!)

Nur, Herr Grote, es ist so: Ich liebe das Werbefernsehen, weil es in so kurzer Frist Botschaften vermittelt.

(Dr. Michael Naumann SPD: Das merkt man!)

– Das merkt man. Ich weiß zwar nicht, wann Sie gemerkt haben, dass ich das liebe. Aber – gut – Sie scheinen mich gut zu beobachten.

Jedenfalls kennen Sie bestimmt dieses nette Dings, worauf steht: "Nur wo Nutella draufsteht, ist auch Nutella drin." Nur, Herr Grote, wenn man dann braune Schuhcreme hineintun würde, würden die Leute es nicht akzeptieren. So ist es, wenn Sie einem Bericht das Label "Desaster" geben. Wenn man sich das dann anschaut und kein Desaster findet, wird auch das keine Wirkung haben.

(Michael Neumann SPD: So wie Ihre Rede, die ist auch langweilig!)

- B Ich freue mich, dass DIE LINKE gewisse Forderungen an das Parlament stellt, was wir uns erkämpfen sollen, nämlich das Etatrecht. Herzlich willkommen, da kommen Sie, glaube ich, 50 Jahre oder so zu spät. Aber das macht nichts. Wir würden im Mai über diese Fragestellung diskutieren und Herr Kerstan hat sicherlich Recht, dass man dann einmal schauen muss, was denn wirklich überraschend kam und was nicht von Himmel gefallen ist. Aber bis dahin können wir das auch mit einer Ruhe betrachten, sodass heute gar keine Aufregung notwendig wäre. Was ich als Gefahr sehe: Es reicht nicht, Frau Stapelfeldt, dass Sie am Schluss von solchen Beiträgen dann noch einmal sagen, warum wir das eigentlich wollen, weil wir nämlich die Musik nach vorne bringen wollen und weil wir Kinder und Jugendliche für Kultur begeistern wollen, wenn davor so lange Herumgemäkel ist. So etwas schadet einem Projekt. Wir haben uns gemeinsam für dieses Projekt entschlossen und es ist Aufgabe des Senats als Bauherr, selbstverständlich die Kostenkontrolle zu haben. Aber wir sind in der Diskussion.

(Dr. Michael Naumann SPD: Die Kontrolle hat das Parlament! – Ingo Egloff SPD: Der Senat hat die Kostenkontrolle jetzt schon verloren!)

Am Ende, Herr Naumann – wenn Sie dann noch in Hamburg weilen – wird es so sein, dass auch Sie jeden Besucher, der nach Hamburg kommt, in die Elbphilharmonie führen werden und mit einem gewissen hanseatischen Stolz sagen werden, dass es auch noch das kostengünstigste Konzerthaus der Welt ist. – Danke.

(Beifall bei der CDU-Fraktion)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vielleicht sollten wir uns einmal darüber verständigen, worüber wir reden und worum es heute eigentlich geht. Vielleicht eine Bemerkung zu Ihnen, Herr Bischoff: Wir kämpfen im Moment gerade darum, bestimmte Gebühren abzuschaffen, die die Leute in dieser Stadt belasten.

(Michael Neumann SPD: Das entscheiden wir gleich sowieso!)

Aber der entscheidende Punkt, Herr Bischoff, wird dabei sein, dass Sie den Menschen, die im Moment vielleicht an der einen oder anderen Stelle Gebühren zahlen, nicht dadurch helfen, dass Sie den Unterschied zwischen Investitionsmitteln und Betriebskosten nicht kennen.

(Beifall bei der CDU-Fraktion – Hans-Detlef Roock CDU: Richtig, richtig! – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, darf ich Sie herzlich bitten, zum Thema zurückzukehren.

Jens Kerstan (fortfahrend): Ich versuche gerade, dem Kollegen in der Debatte zu antworten.

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Mir haben Sie es nicht geschafft, zu erläutern, was Sie jetzt erzählen wollen.

Jens Kerstan (fortfahrend): Herr Präsident, ich glaube man wird selbst, wenn man den Bau der Elbphilharmonie heute aufgrund der Kostensteigerung einstellen sollte, leider keinen Cent zur Verfügung haben, um zum Beispiel das Büchergeld abzuschaffen, weil einfach auch wir im Parlament uns an Recht und Gesetz halten müssen und deshalb Investitionsmittel für Betriebskosten nicht einsetzen können. Aber keine Angst, Herr Bischoff, wir werden uns an den Stellen, an denen man wirklich etwas ändern kann, auch für diese Punkte einsetzen.

Frau Dr. Stapelfeldt, ich verstehe schon, dass man gerne zu einem Zeitpunkt, zu dem eigentlich noch nichts klar ist, gerne einmal so richtig auf die Tonne hauen kann und das auch gerne möchte und an dieser Strategie auch festhält,

(Ingo Egloff SPD: Das können Sie doch auch gut, Herr Kerstan!)

weil die Strategie, "Skandal, Skandal" zu schreiben, manchmal durch Fakten gestört wird. Darum wollen Sie auch heute unbedingt darüber reden, weil Fakten im Moment gar nicht auf dem Tisch liegen.

(Ingo Egloff SPD: Die ist ja richtig staatstragend, Ihre Rede!)

Die Senatorin hat uns bisher keine Zahlen nennen können, Sie haben auch keine Zahlen. Ich würde einfach Folgendes vorschlagen, weil das Ziel, das wir haben, uns alle eint. Wir alle wollen keine zusätzlichen Kostensteigerungen und als Parlament werden wir uns sehr genau anschauen, was der Senat und auch die ReGe in diesen Bereichen getan haben. Aber ich würde immer dafür plädieren, nicht im blauen Dunst zu einer Zeit darüber debattieren zu wollen, zu der wir einfach die Fakten noch nicht auf dem Tisch haben. Ich glaube, wir werden sie dann in den nächsten Monaten auf dem Tisch haben.

A (Dr. Michael Naumann SPD: Spätestens!)

Da können Sie sicher sein, dass wir uns das mit Sicherheit auch sehr genau anschauen.

Bloß eins fand ich sehr erstaunlich. Sie haben eben auch das gemeinsame Ziel – gerade von den Sozialdemokraten und den Grünen – angesprochen, warum die Elbphilharmonie wichtig ist, nicht nur als großer Konzertsaal für die Eliten dieser Stadt, sondern als Kern- und Knotenpunkt für eine Initiative, die Musik auch in die Stadtteile und in Schulen bringt, auch in benachteiligte Stadtteile. Wenn ich jetzt von Ihnen gehört habe, dass Sie im Grunde genommen angekündigt haben, falls es zu Steigerungen käme, dieses Projekt stoppen zu wollen – das konnte man indirekt aus Ihrer Erläuterung entnehmen, dass Sie gesagt haben, Sie würden selbst bei einer Kostensteigerung dieses Projekt nicht steigern. Diese Bemerkung macht nur Sinn, wenn sie den Zweck hätte, zu sagen, dass man den Bau dann einstelle.

(Michael Neumann SPD: Die Elbphilharmonie um jeden Preis?)

Eine kleine Spekulation mögen Sie mir heute auch noch einmal erlauben. Wenn die Wahl ein anderes Ergebnis gehabt hätte und Sie auf dieser Bank gesessen hätten, hätten Sie eine solche Aussage heute nicht getätigt. – Vielen Dank.

(Beifall bei den Fraktionen GAL und CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Hackbusch.

B **Norbert Hackbusch** DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren und vor allen Dingen Herr Kerstan! Die Senatorin hat doch deutlich nachgewiesen, warum die Anmeldung des Themas heute völlig berechtigt ist. Sie hat deutlich gesagt, dass es eine kräftige Steigerung geben wird – für uns alle überraschend. Sie hat es in der normalen öffentlichen Debatte, die in der Presse stattgefunden hat, nicht gesagt, sondern erst heute hier. Dementsprechend gibt es doch keine bessere Begründung, heute dieses Thema hier zu diskutieren.

(Beifall bei den Fraktionen DIE LINKE und SPD)

Das Zweite: Es geht hier nicht darum – das bitte an die CDU –, jedes Mal zu sagen: "10 Millionen mehr, was ist denn das? Es geht doch um ein so tolles Projekt." Es geht hier um Glaubwürdigkeit von Politik, um Glaubwürdigkeit dieses Projekts und Glaubwürdigkeit des Senats, zu sagen, wenn eine Elbphilharmonie soundso viel Geld kostet, kostet sie auch soundso viel Geld. Ich habe die Ausführungen der Senatorin so verstanden: Ein Festpreis, den ich als normaler Mensch immer als Festpreis gesehen habe, ist kein Festpreis, sondern der verändert sich galoppierend. Was ist denn das für eine Darstellung von Glaubwürdigkeit von Politik? Wem wollen Sie denn in dieser Stadt noch sagen, dass Sie wissen, was finanziell passiert? Sie sagen nur, Sie wüssten das nicht.

(Beifall bei den Fraktionen DIE LINKE und SPD)

Sie sagen nur, Sie hätten es nicht richtig im Griff.

(Ingo Egloff SPD: Das wussten wir aber schon!)

Es scheint die Bestellung des Senats zu sein, die zur Erhöhung der Preise oder dazu geführt hat, dass diese 10 Millionen praktisch schon in Angriff genommen werden

müssen und scheinbar noch einiges mehr. Dementsprechend ist es eine Glaubwürdigkeit von Politik zu sagen, Festpreis soll Festpreis sein. Wir werden in den Diskussionen um die Sachen, die Sie vorlegen, auch wirklich kontrollieren, ob es ein Festpreis ist. Ich habe den Eindruck, dass die Risiken bei diesem Bau viel mehr beim Bauherrn liegen, als Sie uns bisher versprochen haben. Das werden wir genau kontrollieren. Ich traue Ihnen dort nicht über den Weg. Nach den Äußerungen von der CDU-Fraktion habe ich den Eindruck, dass sie darüber gar nicht richtig Bescheid wissen.

(Beifall bei den Fraktionen DIE LINKE und SPD)

Das Problem ist doch, dass wir noch zwei, drei andere große Risiken haben. Das eine haben Sie schon angedeutet. Wir glauben nicht, dass die Schalldiskussion, die gegenwärtig dort stattfindet, richtig eingeschätzt worden ist. Das werden wir in den Diskussionen auch feststellen. Es gibt dort einen riesigen Hafenlärm. Das ist eins der großen Probleme. Nach allem, was ich gehört habe, gibt es dort auch noch Risiken, die bisher nicht abgedeckt worden sind. Auch das werden wir kontrollieren – das im Zusammenhang mit dem riesigen anderen Problem, das Sie nicht genannt haben. Wir wissen auch, dass es dort Forderungen geben wird.

Wir stellen fest, dass Sie die fantastische – einmal in Anführungsstrichen gesagt – U 4, die Sie in die HafenCity bauen, so weit weg von der Elbphilharmonie bauen, dass kein Mensch dort normal zu Fuß hingehen kann. Dafür muss es auch irgendeine Lösung geben, weil Sie über die Verkehrspolitik diesbezüglich noch keine Vorstellungen haben. Auch das wird noch eine Nachforderung geben. Da bin ich mir ganz sicher. Dementsprechend ist es völlig richtig, dass die SPD das angemeldet hat. – Vielen Dank dafür.

(Beifall bei den Fraktionen DIE LINKE und SPD)

Präsident Berndt Röder: Dann gebe ich das Wort dem Abgeordneten Buss.

Wilfried Buss SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe jetzt in mehreren Beiträgen feststellen dürfen, dass es gut und richtig war, dass die SPD-Fraktion dieses Thema zur Aktuellen Stunde angemeldet hat. Nichts ist aktueller als die Überschreitung, die sich dieser Senat und damit auch die ihn bisher tragende Fraktion leisten. Frau Martens, Ihr Beitrag war das beste Beispiel dafür, dass Sie weiterhin eigentlich nur den Tunnelblick haben. Egal wie viel das den Steuerzahler kostet, Hauptsache es kommt und Hauptsache wir können uns das nachher an die Brust heften und können damit dann entsprechend vor die Bevölkerung treten. Genau das ist es. Sie müssen der Bevölkerung deutlich machen, dass das Geld, das in einem Festpreisverfahren eingestellt worden ist – so habe ich die Ausführungen der Senatorin heute auch verstanden –, eigentlich aufgebraucht ist. Es ist keine Reserve mehr da. Das heißt ganz konkret – auch wenn man bisher immer sagen konnte, dass da noch etwa 8 Millionen Reserve drin seien: Nach dem jetzigen Stand dessen, was wir zu Recht von der Senatorin gehört haben, ist eigentlich nichts mehr da.

(Ingo Egloff SPD: Drei, dreii!)

– Nein, es sind nur noch 2,7. Dann hat sie gesagt, dass die Projektsteuerungskosten höher sein werden, erstens. Zweitens werden wir auch noch mit der Konzertsaalaus-

C

D

- A stattung – da unterstelle ich einfach einmal ganz simpel das Wort Akustik – so viel Probleme haben,

(Dr. Michael Naumann SPD: Kabel!)

dass wir dann locker diese 2,7 Millionen auch noch im Laufe des Jahres 2008 verbraten haben werden. Damit sind wir vielleicht gerade einmal bei der Hälfte der Bauhöhe angekommen und wissen dann schon, dass nichts mehr in dem Topf ist. So eine Planung zu machen und damit in einen Wahlkampf zu gehen,

(Barbara Ahrons CDU: Der ist vorbei!)

obwohl man eigentlich 2007 schon genau gewusst hat, dass es wahrscheinlich Probleme bei der Kühlung geben wird, dass man hier schon einmal nachsteuern wird müssen – dieses zu tun, ist für mich eine grandiose Täuschung des Wählers, weil man eigentlich vor der Wahl schon hätte sagen müssen, dass man auf dieses Thema noch einmal zurückkommen muss und dass es nicht reichen wird. Das ist für mich eine interessante Frage, die auch die Presse gestellt hat: Warum kommt dieser Bericht erst jetzt, wo die SPD-Fraktion es anmeldet?

(Zuruf)

– Gutes Stichwort, Herr Kollege.

Weil es nämlich ein halbes Jahr her ist, dass wir den Bericht im Ausschuss zur Kenntnis nehmen durften und beraten haben. Dieses halbe Jahr ist schon lange um und wir hätten schon längst diesen Bericht wieder vorgelegt bekommen müssen. Es ist in der Tat so, dass man sich jetzt schon wieder zwei Monate damit hindrücken will, bis man diesen entsprechenden Bericht vorlegen will, obwohl man die wirklichen Fakten schon lange kennt.

- B

(Beifall bei der SPD-Fraktion)

Das heißt, für mich ist auch deutlich geworden: Sie als CDU-Fraktion, die Sie bisher immer der Bevölkerung weismachen wollten, Sie seien die Herren der Zahlen und Sie wüssten genau Bescheid, wie man mit solchen Dingen am sinnvollsten umzugehen hat, sind vollkommen als Bettvorleger gelandet, weil bei Ihnen überhaupt keine Kenntnis in dieser Frage mehr vorhanden ist. Sie verlassen sich blind auf entsprechende Wasserstandsmeldungen. Das kann ja wohl nicht angehen.

(Beifall bei den Fraktionen SPD und DIE LINKE und bei Farid Müller GAL – Frank Schira CDU: Sie müssen einmal abkühlen!)

Dann sage ich hier zu meiner Linken: Herr Kollege Kerstan, welcome to the club – so etwa. Auch bei Ihnen ist es mit einem Mal so – bisher waren Sie mir immer als der Redner lieb, der gesagt hat, man wolle Zahlen als Grundlage haben, man brauche Zahlen und Fakten und auf der Grundlage würde beurteilt. Jetzt auf einmal sagt Herr Kerstan, so genau müssten wir es mit den Zahlen nicht nehmen. Jawohl, so ist es dann bei Ihnen. So ist das, wenn man plötzlich die Seiten wechselt. Mit einem Mal ist einem das dann völlig egal. Das finde ich sehr bezeichnend, wie Sie damit umgehen können.

(Beifall bei der SPD-Fraktion)

Das stimmt mich schon in gewisser Weise traurig, wie man dann mit solcher Sachkompetenz dann umgeht und wie man sie letztendlich für solche Ziele verschleudert.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Immer an den Blutdruck denken! – Frank Schira CDU: Abkühlen!)

Das finde ich schade und deswegen bin ich nach wie vor dafür, dass wir so schnell wie möglich – wie es meine Kollegin Dr. Stapelfeldt gefordert hat – in den zu bildenden Ausschüssen diesen Bericht als Grundlage der weiteren Beratungen bekommen, damit man endlich sagen kann, wie es weitergehen muss.

(Beifall bei der SPD-Fraktion und vereinzelt bei der Fraktion DIE LINKE)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Roock.

Hans-Detlef Roock CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mir ist eigentlich nicht so richtig klar, warum die SPD-Fraktion so dicke Backen macht und sich aufplustert.

(Beifall bei der CDU-Fraktion)

Mir würde eine Reihe von Großprojekten einfallen – wenn ich mich bemühen würde – bei denen Kostensteigerungen auch unter SPD-Regierung da waren.

(Ingo Egloff SPD: Hamburg Messe, U 4!)

Ich will Ihnen nur noch einmal das Beispiel Rathausmarkt vorhalten, wo es eine unwahrscheinliche Kostenexplosion gegeben hat.

(Michael Neumann SPD: 1982, oder was?)

– Das war 1982, das ist richtig. Aber dieses Projekt war doch nicht so kompliziert wie das Projekt der Elbphilharmonie. Lassen Sie doch einmal die Kirche im Dorf.

(Beifall bei der CDU-Fraktion)

Wir haben uns wirklich bemüht, ein transparentes Verfahren durchzuführen, dazu gehört der halbjährliche Bericht. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir irgendein anderes Projekt in den Ausschüssen so intensiv beraten haben wie die Elbphilharmonie. Vielleicht hat Herr Kerstan Recht, dass hier das eine oder andere noch verbessert werden kann. Das werden wir auch durchführen und wir werden unser Augenmerk auch sehr genau auf die Kosten legen. Frau Martens hat gesagt, dass die Kosten der Elbphilharmonie im Vergleich zu Projekten in anderen Ländern wesentlich geringer sind. Das ist doch einmal eine gute Botschaft.

(Beifall bei der CDU-Fraktion)

Eines – das muss ich der SPD auch noch ins Stammbuch schreiben – wird heute wiederum deutlich. Wir haben die interne Debatte innerhalb der SPD-Fraktion hinsichtlich der Elbphilharmonie verfolgt. Dieses Projekt war bei Ihnen, Herr Neumann, nicht ganz unstrittig. Wir haben Sie nachher in der Abstimmung in dieser Frage gestellt. Natürlich haben Sie letztlich zugestimmt, weil Sie gar nicht mehr anders konnten

(Dr. Michael Naumann SPD: Festpreis, Festpreis!)

und weil die Bevölkerung in Hamburg dieses Projekt auch wollte.

(Beifall bei der CDU-Fraktion)

Sie haben damals gerade noch die Kurve gekriegt.

(Michael Neumann SPD: Kriegen Sie einmal lieber die Kurve und kommen zum Ende!)

C

D

- A Sie haben in der Vergangenheit – daran kann ich mich auch noch sehr gut erinnern – immer wieder versucht, die soziale Neidkarte zu spielen, obwohl dieses bedeutende Projekt mit internationaler Ausstrahlung viele soziale Aspekte beinhaltet.

Die Mehrheit der Hamburger und wir wollen das Projekt Elbphilharmonie.

(Beifall bei der CDU-Fraktion – *Michael Neumann SPD*: Um jeden Preis!)

Wir wissen, welche Synergieeffekte dieses Projekt in unserer Stadt bereits ausgelöst hat und welche noch kommen werden. Da werden wir uns von Ihrem Klamauk heute nicht beirren lassen und die Realisierung der Elbphilharmonie weiter vorantreiben. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU-Fraktion)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Dr. Bischoff.

Dr. Joachim Bischoff DIE LINKE:* Herr Präsident, ich möchte noch einmal sehr deutlich sagen: Es geht nicht um Klamauk. Es geht um ein wirklich ernstes Thema und Sie sollten uns den Respekt erweisen – Sie müssen ja unsere Argumente nicht teilen –,

(*Frank Schira CDU*: Das machen wir! Kommen Sie einmal zum Thema!)

nicht in irgendeiner Weise zu sagen, dass hier jemand Klamauk macht. Sondern wir haben festgestellt – die Senatorin hat dazu gesprochen: Sie hätte das, was sie vorgetragen hat, schon seit zehn oder 14 Tagen gerne der Öffentlichkeit mitteilen können. Wir sagen jetzt: Die Befürchtungen in der Öffentlichkeit und hier im Hause waren absolut berechtigt. Insofern gehen wir davon aus, dass wir so früh wie möglich diesen angekündigten Bericht sehen. Ich möchte ausdrücklich noch einmal darauf hinweisen, dass wir das nicht hinterher wieder verhuschen. Es geht einerseits um das, was an Baukosten verändert ist. Es geht aber auch um das Drumherum, also beispielsweise die Sandtorhafenklappbrücke, die laut Landesrechnungshofbericht zurückgezogen werden musste, weil das nicht ordnungsgemäß budgetiert war. Soweit ich weiß, gibt es noch keine Vorlage, aus der hervorgeht, wie damit umgegangen werden soll.

Es ist keine Erfindung der LINKEN, Sie können im Bericht des Rechnungshofs lesen, dass mit dem Kontroll- und Beteiligungsrecht dieses Parlaments sträflich umgegangen wird. Um diesen Punkt geht es und das wollen wir jetzt ändern. Das soll so schnell wie möglich passieren.

Herr Kerstan, ich will Sie noch auf einen anderen Punkt hinweisen. Im Sonderbericht, den wir vorliegen haben – ich finde das phantastisch – fordert der Landesrechnungshof einen Kassensturz. Wissen Sie, warum? Weil all diese Investitionen, über die wir reden, nicht in die mittelfristige Finanzplanung eingestellt sind. Das heißt, laut Rechnungshof-Sonderbericht sehen wir bis 2011 einem Haushaltsdefizit von 2,4 Milliarden Euro entgegen. Ich bin gespannt, wie Sie das in den Koalitionsverhandlungen klären wollen. Machen Sie uns einmal deutlich, wie Sie unter diesen Bedingungen und dem, was in den vorherigen Phasen gemacht worden ist, das Geld mit vollen Händen auszugeben, eine vernünftige Stadtentwicklungspolitik erreichen werden.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU*: Das ist ja der Hammer, wenn eine Fraktion wie die Ihre sagt, wir schmeißen das Geld zum Fenster hinaus!)

– Darüber werden wir noch sprechen, den Hammer packen Sie ruhig aus.

(Beifall bei den Fraktionen SPD und DIE LINKE)

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen zum ersten Thema sehe ich nicht. Dann rufe ich das zweite Thema auf, das von der GAL-Fraktion angemeldet wurde:

Partnerschaft mit China – Solidarität mit Tibet

Das Wort hat Herr Maaß.

Christian Maaß GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der derzeitige Protest, der in Tibet sichtbar wird, macht für alle offenbar, was seit Jahrzehnten weitgehend unbemerkt von der Weltöffentlichkeit passiert, nämlich dass von China eine jahrtausendalte Kultur systematisch zerstört wird.

Tibet ist ein Land, dessen Geschichte über zwei Jahrtausende zurückreicht und dessen Staatlichkeit spätestens Anfang des letzten Jahrhunderts außer Frage gestanden haben sollte. China hat 1949 durch einen Einmarsch seiner Armee in dieses Land die Unabhängigkeit beendet. 1959 kam es in Tibet zu einem ersten großen Volksaufstand, der wiederum rücksichtslos niedergeschlagen wurde. Mindestens 80.000 Tibeter flohen, darunter auch der Dalai Lama. Gestatten Sie mir eine Zwischenbemerkung. Ich finde es gut, dass dieses geistliche Oberhaupt der Tibeter im letzten Jahr von der deutschen Kanzlerin empfangen wurde, und ich finde es schade, dass der deutsche Außenminister meinte, dieses kritisieren zu müssen. Dieser Empfang ist richtig und wichtig für Tibet, damit die Weltöffentlichkeit endlich das Licht auf die Missstände in diesem Land richtet.

(Beifall bei den Fraktionen GAL und CDU)

In der Folge der Niederschlagung des Volksaufstandes von 1959 kam durch die chinesische Herrschaft mindestens eine Million Tibeter durch Unterdrückung und Hinrichtungen in Arbeitslagern und auf andere Weise zu Tode. Bis heute sind Gefängnisse und Arbeitslager Alltag für Tibeter, insbesondere für solche, die sich religiös verwirklichen und politisch äußern wollen. Es gibt bis heute eine gezielte Politik der chinesischen Regierung zur Bevölkerungsumsiedelung, zur gezielten Minorisierung der Tibeter, zur gezielten Zerstörung der tibetischen Kultur. All das hat über Jahrzehnte – weitgehend von der Weltöffentlichkeit unbemerkt – stattgefunden. Deswegen ist es gut, dass die Weltöffentlichkeit diesen Prozess unter dem Eindruck des Protests, der jetzt in Tibet vorstatten geht, diesen Prozess wahrnimmt. Ich glaube, dass Hamburg als Partnerstadt Shanghais und als Partner Chinas in Deutschland auch diese Punkte sehr kritisch im Rahmen unserer Partnerschaft anspricht. Es ist wichtig, dass wir auch in der Bürgerschaft deutlich machen, dass die Menschenrechtssituation in Tibet für uns nicht hinnehmbar ist und dass wir dieses im Rahmen unseres kritischen Dialogs mit China sehr klar ansprechen wollen.

(Beifall bei den Fraktionen GAL und CDU)

Wir sollten dabei auch die Möglichkeit nutzen, dass aufgrund der Olympischen Spiele große Aufmerksamkeit auf

- A China gerichtet wird. Dabei geht es weniger um die Frage eines Boykotts, sondern darum, was wir von Gastgebern erwarten. Wir erwarten nämlich, dass sich hinter einer schönen Fassade nicht etwas verbirgt, was letztendlich auf Unterdrückung hinausläuft, sondern dass das, was mit Olympischen Spielen verbunden wird, nämlich Völkerfreundschaft und Friede, von unseren Gastgebern eingelöst wird.

(Beifall bei der GAL-Fraktion und bei *Dr. Michael Naumann* und *Ingo Egloff*, beide SPD)

Gerade unsere wirtschaftlich engen Verbindungen mit China geben uns Möglichkeiten und auch die Pflicht, unsere chinesischen Partner auf diese Probleme anzusprechen. Ich erwarte dies auch von der Wirtschaft. Demokratie und Rechtsstaat sind nicht nur die Voraussetzungen für die Realisierung individueller Freiheiten, sondern ich bin davon überzeugt, dass sie auch die Voraussetzungen für die langfristige Schaffung von Wohlstand und wirtschaftlicher Entwicklung sind.

Deswegen werden wir unsere Arbeit, die wir in der vergangenen Legislaturperiode und auch schon davor begonnen haben, in der Bürgerschaft fortsetzen. Wir fordern, dass für Hamburg keine Waren aus China bezogen werden, die in Arbeitslagern hergestellt und mit Steuergeldern bezahlt werden. Wir verlangen, dass wir im Rahmen unserer Beschaffungspolitik auf Rechtsstaatlichkeit und Demokratie achten.

(Beifall bei den Fraktionen GAL und CDU und *Elisabeth Baum* DIE LINKE – *Dr. Michael Naumann* SPD: Gut zuhören!)

- B Wir wollen deswegen die Transparenz und den kritischen Dialog mit unseren chinesischen Partnern fortsetzen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Fraktionen GAL und CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Ploog.

Wolfhard Ploog CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer sich in diesen Tagen mit dem Thema Partnerschaft mit China und Solidarität mit Tibet befasst, weiß, dass das ein schwieriges Thema ist, dem man sich vorsichtig nähern möchte. Dennoch wird einem sehr bald klar, dass es ein Thema ist, das klare Aussagen verlangt. Zunächst wird man spontan und offen seine Solidarität mit dem tibetischen Volk zeigen müssen und, ich glaube, das ist auch die einzige Aussage, die diesem Hause angemessen zusteht, also eine unverzichtbare Haltung dieses Hauses: Die Solidarität mit dem tibetischen Volk.

(Beifall bei den Fraktionen CDU und GAL und vereinzelt bei den Fraktionen SPD und DIE LINKE)

Nur wenige Wochen nach Beginn der Proteste ist jüngst der Aufstand gegen die chinesische Regierung wieder aufgeflammt. Tausende Menschen haben sich außerhalb der Klöster wieder spontan diesen Demonstrationen angeschlossen. In dieser Situation ruft der Dalai Lama der Weltgemeinschaft zu, dass er hilflos dastehe und nur bete. Ich darf es noch einmal wiederholen: So gilt denn die uneingeschränkte Solidarität auch meiner Fraktion dem tibetischen Volk und ihrem geistlichen Oberhaupt, dem Dalai Lama, auch in dieser aktuellen Situation. Die Solidarität gilt dem Kampf Tibets um die Einhaltung der

Menschenrechte. Sie gilt aber auch dem Kampf Tibets und seiner Menschen um die Glaubens- und Religionsfreiheit und dem Ringen des Volkes um seine kulturelle Identität. Doch nur China und Tibet können dieses Problem wirklich alleine lösen. Um eine Entwicklung in diesem Prozess anzustoßen, war es richtig, dass die Außenminister der EU jüngst die chinesische Regierung aufgefordert haben, sofort und umgehend die Repression zu stoppen, unabhängige Mediziner in das Land zu lassen und den Menschen, die dort gerade auch in diesen Auseinandersetzungen zu Schaden gekommen sind, zu helfen und vor allem die Medienblockade aufzuheben. Zusätzlich wurde China zum Dialog mit dem Dalai Lama aufgefordert. Ich muss sagen: Ich bedauere sehr, dass China dieses Angebot zurückgewiesen hat.

Zugleich wird in China erneut behauptet, der Dalai Lama selbst habe die derzeitigen Unruhen von langer Hand geplant. Diese Aussage kann nach meiner Auffassung nicht hingenommen werden.

(Beifall bei den Fraktionen CDU und GAL und bei *Ingo Egloff* SPD)

Eine behauptete Beteiligung des Dalai Lama am Terrorismus ist unter gar keinen Umständen akzeptabel, ebenso wie die damit einhergehende Dämonisierung seiner Person. Für die CDU-Fraktion weise ich diese Darstellung entschieden zurück.

(Beifall bei der CDU-Fraktion und bei *Christian Maaß* GAL)

Die derzeitigen Unruhen in Tibet sind vielmehr das Ergebnis jahrelanger Unterdrückung und der Nichtbeachtung des tibetischen Volks, seiner Religion und seiner Kultur durch die chinesischen Machthaber. Die Verweigerung grundlegender Menschenrechte wie Religions- und Meinungsfreiheit, die Unterdrückung der tibetischen Kultur durch die Zerstörung von Klöstern und Kulturgütern durch die Rotgardisten in der Kulturrevolution und die chinesische Besiedlungspolitik sind nur einige wenige Beispiele. Deshalb muss der Versuch der Chinesen, den Dalai Lama als einen gefährlichen Separatisten darzustellen und als Anstifter der Unruhen zu bezeichnen, als falsch bezeichnet und zurückgewiesen werden.

In der aktuellen Auseinandersetzung – ich wiederhole das an dieser Stelle noch einmal – muss zunächst ein absoluter Gewaltverzicht von den chinesischen Machthabern gefordert werden, ebenso wie die umgehende Wiederherstellung der Glaubens- und Religionsfreiheit.

(Beifall bei den Fraktionen CDU und GAL und vereinzelt bei der Fraktion DIE LINKE)

In dieser aktuellen Diskussion kommt es aber nicht nur darauf an, Peking zu verurteilen, sondern den chinesischen Machthabern vielmehr einen Weg aufzuzeigen, der sie aus dieser Sackgasse herausführen kann, einen Weg aufzuzeigen, der China die Chance gibt, seine Würde in dieser Auseinandersetzung mit Tibet eben nicht selbst zu verletzen. Dabei kann es durchaus hilfreich sein, hervorzuheben, was die chinesische Regierung seit Jahren an Öffnung vollzogen hat, und auch zu betonen, welche gewaltigen Fortschritte das chinesische Volk in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten aus eigener Kraft gemacht hat. Gewaltige wirtschaftliche und soziale Erfolge sind zu verzeichnen, ebenso, wie über viele Jahre eine enorme politische Stabilität bewahrt wurde. Angesichts der aktuellen Situation in Tibet drohen diese enor-

- A men Leistungen des chinesischen Volks allerdings aus dem Bewusstsein der Weltöffentlichkeit zu schwinden. China sollte mit sehr viel mehr Selbstbewusstsein, Gelassenheit und Souveränität den aktuellen Konflikt analysieren und beilegen.

(Glocke)

– Herr Präsident, ich habe das Zeichen gesehen.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Wichtig scheint mir, noch einmal zu betonen, dass vor allem die Medienblockade aufgehoben werden muss. Denn Verdächtigungen können nur dort blühen und nur dort haben Verleumdungen Platz, wo es keine freie Berichterstattung gibt. Ich möchte China ermuntern, der Welt durch den Zugang der Medien Teilhabe zu geben an den aktuellen Vorgängen.

– Vielen Dank.

(Beifall bei den Fraktionen CDU, SPD und GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Frank.

Günter Frank SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, dass wir uns in diesem Hause darüber einig sind, dass die Politik Chinas in Tibet und nicht nur dort eine Politik des Unrechts ist, versehen mit schwersten Menschenrechtsverletzungen, weit weg von Toleranz, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Wir machen hier keine Weltpolitik, aber die politisch Verantwortlichen in China und die vielen Vertretungen auch in Hamburg sollen wissen, dass wir diese Politik der brutalen Unterdrückung mit Abscheu missbilligen.

B

(Beifall bei den Fraktionen SPD, GAL und CDU)

Wir dürfen in Hamburg nicht schweigen, wenn Folter, Hinrichtungen, Unterdrückung und Zerstörung der Klöster an der Tagesordnung sind. Menschenrechte sind unteilbar und gelten für alle Menschen auf dieser Welt, auch für die Menschen in China. China ist seit Jahrzehnten dabei, die tibetische Kultur und Identität zu zerstören und die Tibeter im eigenen Lande zu marginalisieren. Viele wundern sich, dass nun ausgerechnet in China die Olympischen Spiele stattfinden. Der Sport kann Politik nicht ersetzen. Mit der Vergabe an Peking hat sicherlich auch die Hoffnung eine Rolle gespielt, dass der Zugang für mehr als 20.000 Medienvertreter und ihre Berichterstattung zu einer stärkeren Öffnung des Landes führen kann oder könnte. Welche Rolle die Olympischen Spiele für die innere Entwicklung Chinas spielen werden, bleibt abzuwarten. China hat bei der Vergabe einige Standards versprochen, zum Beispiel auch eine Verbesserung der Menschenrechtsslage. Die Entwicklung ist zurzeit aber eine ganz andere. Da ist die brutale Gewalt in Tibet, da gibt es erzwungene Ausreisen von Journalisten und auch von Touristen, man hört von Verhaftungen, man hört von Entfernung von Wanderarbeitern und anderen unerwünschten Personen aus den Olympiastädten. Die Politik und auch der Sport müssen die Einhaltung der versprochenen Standards mit Nachdruck verlangen. China riskiert unausweichlich eine noch intensivere Diskussion über einen Boykott der Olympischen Spiele.

Für Hamburg – das ist schon gesagt worden – ist China ein sehr wichtiger, insbesondere wirtschaftlich wichtiger Partner. CHINA TIME und China Summit sind ein deutlicher Ausdruck der intensiven Beziehung zwischen China

und Hamburg. Die Erhaltung der tibetischen Kultur und die Achtung der Menschenrechte sind den Hamburgerinnen und Hamburgern auch eine Herzensangelegenheit. Der Senat, der Erste Bürgermeister, die Hamburger Kaufmannschaft und die Handelskammer müssen sich ihrer Verantwortung sehr bewusst sein und alle Spielräume in den Beziehungen zu China nutzen, um unsere politisch-humanitäre Haltung unmissverständlich klarzumachen. Dazu gehört manchmal aber auch Symbolik oder ein öffentliches Wort. Hamburg als Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt darf sich in dieser Frage nicht verstecken.

(Frank Schira CDU: Der Bürgermeister hat den Dalai Lama empfangen!)

Das Schweigen der Kaufmannschaft, des Senats und der Handelskammer zu China und Tibet ist politisch ...

(Frank Schira CDU: Das stimmt überhaupt nicht!)

– Das können Sie gleich korrigieren. Kommen Sie nach vorne. Ich habe jetzt das Wort.

(Frank Schira CDU: Das stimmt überhaupt nicht. Der Bürgermeister hat den Dalai Lama empfangen. Herr Runde hat das nie getan!)

Ich bitte, mir das Wort zu verschaffen.

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, sprechen Sie doch einfach weiter, Sie haben das Mikrofon.

Günter Frank (fortfahrend): – Ja, aber er schreit zu sehr.

Noch einmal: Das Schweigen der ...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, wir wollen uns doch allesamt ein wenig mäßigen.

(Zuruf: Aber alle bitte, ja?)

– Wer war das?

(Dr. Michael Naumann SPD: Wer war das?)

Günter Frank (fortfahrend): – Dann fängt der Kollege zunächst einmal damit an.

(Frank Schira CDU: Das tut er eben nicht!)

Das Schweigen der Kaufmannschaft, des Senats und der Handelskammer zu China und Tibet ist politisch nicht angemessen und nicht zu akzeptieren und stellt Hamburg ein schlechtes Zeugnis aus. Das ist die Realität. Ich habe in den letzten Wochen aus Ihren Reihen, aus dem Senat, aus der Kaufmannschaft und von der Handelskammer zu diesem Thema nichts gehört. Zeigen Sie mir andere Beispiele.

(Beifall bei der SPD-Fraktion – Kai Voet van Vormizeele CDU: Das ist eine total peinliche Vorstellung!)

Die Welt schaut auf China und Tibet. China hat die Chance, der Welt ein anderes Gesicht zu zeigen. Ich würde mir von China ein positives Signal wünschen: Schluss mit der Gewalt in Tibet, Aufnahme eines Dialogs und darüber hinaus das, was der Vorsitzende des Sport-

C

D

- A ausschusses im Deutschen Bundestag – ich sehe das, Herr Präsident – sich gewünscht hat, nämlich, wie er sagt, im Vorfeld der Olympischen Spiele die Abschaffung der Todesstrafe oder zumindest ein Aussetzen während der Olympischen Spiele und weiterhin eine Amnestie für politische Gefangene und Entlassung aus dem Arrest.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, das Sehen alleine reicht nicht. Ihre Redezeit ist um.

Günter Frank (fortfahrend): – Ich komme zum letzten Satz, Herr Präsident.

Das wäre eine Botschaft der Hamburgischen Bürgerschaft, die wir, so denke ich, alle unterstützen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Fraktionen SPD und GAL – Kai Voet van Vormizeele CDU: Ein Aussetzen also!)

Präsident Berndt Röder: Frau Abgeordnete, wenn Sie das Wort wünschen, sollten Sie sich vielleicht kurz melden. Dann weiß ich, dass Sie es auch wirklich begehren.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Ich bin auf der Liste!)

Das alleine reicht nicht. Sie müssen sich ja nicht zwingend nach der Liste verhalten. – Also, das Wort bekommt die Abgeordnete Schneider. Bitte schön.

- B **Christiane Schneider** DIE LINKE: Meine Damen und Herren, Herr Präsident! Eine Schwarzweißzeichnung der schrecklichen Ereignisse in Tibet und eine einseitige Parteinahme ist weder angemessen noch hilfreich. Ich möchte deshalb mehr Anstrengung auf eine differenzierte Stellungnahme verwenden als insbesondere mein Vordränger von der GAL. Mit der Bewerbung für die Olympischen Spiele hat die chinesische Regierung – wenn auch immer noch in deutlichen Grenzen – den Kurs der Öffnung verstärkt. Jetzt, kurz vor Beginn der Spiele, richtet sich das Interesse der Weltöffentlichkeit mehr denn je auf die Verhältnisse in China. Angesichts der blutigen Auseinandersetzungen in Tibet stehen die Entwicklungsprozesse in diesem bevölkerungsreichsten Land der Welt auf dem Prüfstand. Das gilt natürlich vor allem für die Regierung und die staatlichen Institutionen. Aber das gilt auch für die Oppositionskräfte – dazu einige Bemerkungen.

Die VR China hat sich aus der Erniedrigung kolonialer Abhängigkeit durch das imperialistische Ausland durch einen langen Krieg befreit. Die Niederschlagung des Boxeraufstands auch durch deutsche Truppen und zum Beispiel die Pardon-wird-nicht-gegeben-Rede von Wilhelm II. sind gut hundert Jahre her.

(Dr. Michael Naumann SPD: Das war ein Bürgerkrieg!)

Die nationale Unabhängigkeit und damit verbunden die staatliche Einheit gehören zum Grundkonsens der Volksrepublik, deren Erschütterung unabsehbare Konsequenzen hätte. Die Modernisierung des Landes hat in den letzten Jahren gewaltige Fortschritte gemacht. Nirgendwo anders ist es auch nur annähernd in dem Ausmaß wie in China gelungen, die extreme Armut zu reduzieren.

(Philipp-Sebastian Kühn SPD: Was? – Egbert von Frankenberg CDU: Wo leben Sie?) C

Zweifellos ist die Modernisierung an dem Punkt angekommen, an dem Menschenrechte für jedermann, soziale und politische Menschenrechte und politische Rechte für die Opposition nicht nur zur Debatte stehen, sondern unabweisbar aktuell und einzulösen sind. Die staatlichen Institutionen – das gilt auch für Tibet und im aktuellen Konflikt – müssen die Menschenrechte einhalten. Dieser Forderung schließen wir uns uneingeschränkt an. Aber ähnlich, wie die regierende Macht sich der kritischen Weltöffentlichkeit stellen muss, müssen das auch die Oppositionsbewegungen. Was in Tibet in den letzten Wochen genau geschehen ist, wodurch die Ereignisse ausgelöst wurden und welcher Dynamik sie unterlagen, ist bisher nicht genau bekannt.

(Harald Krüger CDU: Wie denn auch? – Viviane Spethmann CDU: Warum wohl?)

– Selbstverständlich, das habe ich gar nicht bestritten.

Unbestritten ist, dass die Modernisierungspolitik nicht nur, aber eben auch in der autonomen Region Tibet zu erheblichen Verwerfungen geführt beziehungsweise diese verschärft hat. Nach wie vor sind große Teile der Tibeter von der Entwicklung ausgeschlossen. Unterdrückung und kulturelle Diskriminierung in vielen Bereichen, im Beschäftigungssektor, bei der Bildung, der Versorgung mit Wohnraum oder der Gesundheitsversorgung, bestimmen in erheblichem Maße die Situation der Tibeter und zählen – das ist unstrittig – zu den auslösenden Faktoren der aktuellen Auseinandersetzung.

- D Aber auf der anderen Seite müssen sich auch die tibetischen Religionsführer, das tibetische Mönchtum, das die Oppositionsbewegung offensichtlich anführt und – so scheint es – auch die Initiative ergriffen hat, der Frage stellen, welchen Kurs sie bei der Modernisierung, der Beseitigung von Armut und nicht zuletzt der Verwirklichung der Menschenrechte steuern.

(Harald Krüger CDU: Das ist unglaublich!)

Die Weltgesellschaft hat in den letzten Jahrzehnten keine guten Erfahrungen mit Religionsführern gemacht, die sich als Repräsentanten gesellschaftlicher Opposition in die Politik gedrängt haben. Ich erinnere zum Beispiel an Khomeini. Wir wissen alle, was Nationalismus anrichten kann, der zu Religion überhöht wird beziehungsweise sich religiös aufrüstet.

(Harald Krüger CDU: Mann-O-Mann-O-Mann-O-Mann!)

Über religiöse Offenbarung kann nicht diskutiert werden. Ein Staat, der auf religiöser Offenbarung aufgebaut ist, versperrt sich demokratischen Verfahren der Willensbildung.

(Wolfgang Beuß CDU: Was haben Sie eigentlich für eine Offenbarung? – Harald Krüger CDU: Was haben Sie eigentlich für ein Weltbild?)

Auf einen solchen Abweg können – wie die Geschichte gezeigt hat – auch sozialistische Bewegungen geraten, wenn sie sich als Heilsbewegungen missverstehen.

(Dr. Michael Naumann SPD: Mao! – Glocke)

Man kann sagen, dass in der chinesischen Gesellschaft ...

A **Präsident Berndt Röder** (unterbrechend): Frau Abgeordnete, haben Sie die Glocke eben vernommen?

Christiane Schneider (fortfahrend): Ja, ich komme zum Schluss.

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Nein, nein. – Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Christiane Schneider (fortfahrend): – Wenn das nicht von meiner Zeit abgeht.

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): – Natürlich geht das von Ihrer Zeit ab.

Christiane Schneider (fortfahrend): – Nein, dann nicht.

Man kann sagen, dass in der chinesischen Gesellschaft die politische Gesinnung wie ein Bekenntnis gehandhabt wurde und wird. Im Modernisierungsprozess der VR China kommt es darauf an, die Verpflichtung auf ein politisches Bekenntnis zu lösen, um zu einem toleranten Meinungsstreit zum Beispiel unter Wahrung der Meinungsfreiheit zu kommen. Gerade in der Trennung der Politik vom Bekenntnis besteht geschichtlich und analytisch die Grundlage der politischen Menschenrechte.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, so ist das mit der Zeit. Sie ist jetzt um.

B **Christiane Schneider** (fortfahrend): – Ja, ich komme zum Schluss.

(Wolfgang Beuß CDU: Det wart auch Tied!)

Diese beinhalten die Freiheit zum Bekenntnis aber auch die Freiheit vom Bekenntnis. – Der letzte Satz: Die Voraussetzunglosigkeit, mit der die GAL Solidarität mit Tibet fordert, teile ich aus den genannten Gründen nicht. In wirklich jeder Beziehung gilt, dass die Menschenrechte unteilbar sind.

(Glocke – Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, so geht es nicht. Das waren drei Sätze, Sie hatten einen Satzlusatz angekündigt. – Das Wort bekommt der Abgeordnete Maaß.

Christian Maaß GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Irgendwie verschlägt mir Ihr Redebeitrag fast die Sprache, Frau Schneider.

(Beifall bei den Fraktionen GAL, SPD und CDU)

Das muss man sich einmal vorstellen. Wir haben einen weitgehend friedlichen Protest gegen ein Unterdrückungsregime in China und Sie sagen, auch die Oppositionskräfte müssten sich der weltweiten Kritik öffnen und müssten auch im Fokus der Öffentlichkeit stehen. Sie machen die Opfer zum Täter und die Täter zu Opfern. Sie haben etwas überhaupt nicht verstanden, Frau Schneider.

(Beifall bei den Fraktionen GAL, SPD und CDU)

Wenn Sie einfordern, man müsse genauer hinsehen – Schwarzweißmalerei haben Sie mir vorgeworfen. Man

würde gar nicht wissen, was derzeit in Tibet genau passiert. Warum wissen wir denn nicht, was dort derzeit passiert? – Weil die chinesische Regierung die Pressefreiheit unterdrückt und keine Berichterstattung über das zulässt, was in China passiert. Dann kommen Sie an: Man müsse doch erst einmal genau hinschauen, was passiert. – Wir müssen doch erst einmal einfordern, dass eine Berichterstattung über die Unterdrückung des demokratischen Protests in Tibet überhaupt zustande kommt. Das muss doch Ihre Forderung sein.

(Beifall bei den Fraktionen GAL, SPD und CDU)

Wenn Sie sagen, dass die staatliche Einheit Chinas zum Grundkonsens in China gehört, dann mag das richtig sein. Aber das ist doch auch überhaupt nicht die Forderung, die der Dalai Lama erhebt. Es geht doch darum, Autonomie einzufordern, wie wir das aus vielen Staaten der Welt auch kennen, nämlich eine Autonomie innerhalb von Staaten. Es geht den Menschen, die auf der Straße protestieren, gar nicht darum, unbedingt sofort die Unabhängigkeit und die Loslösung von China zu bekommen. Es geht diesen Menschen schlicht darum, dass ihre grundlegenden Bürger- und Menschenrechte gewahrt werden, Frau Schneider.

(Beifall bei den Fraktionen GAL, SPD und CDU)

Was ich überhaupt nicht verstehe und wofür ich von Ihnen auch gerne eine Erklärung haben möchte, ist, dass Sie den Kurs der chinesischen Regierung in vielen Punkten loben. Das sei eine Modernisierung, eine Öffnung und die Beseitigung von Armut. Was ich wahrgenommen habe, als ich mit einer Delegation der Bürgerschaft in China war, war ein ziemliches Bild eines Kapitalismus, der relativ wenig Fesseln hat, wie wir ihn vielleicht in Europa vor hundert oder zweihundert Jahren erlebt haben, ein ziemlich entfesselter Kapitalismus.

(Ingo Egloff SPD: Unter der Diktatur einer Partei!)

Da sagen Sie, das sei ein Kurs der Modernisierung und Öffnung. Ich habe als Grüner ehrlich gesagt ziemliche Schwierigkeiten mit diesem Kurs. Wenn Sie diesen turbokapitalistischen Kurs so unterstützen, müssen Sie mir das bitte erklären.

(Beifall bei den Fraktionen GAL, SPD und CDU)

Schließlich: Das Verrückteste fand ich, wie Sie den Ajatollah Khomeini und den Dalai Lama in einen Topf geworfen haben.

(Beifall bei Jens Kerstan GAL und bei den Fraktionen SPD und CDU)

Sie haben einen richtigen Satz gesagt: Man sollte keinen Staat auf der Grundlage religiöser Überzeugung gründen. Aber wenn ich mir Ihre Rede anhöre, ...

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie müssen zum Satzlusatz kommen.

Christian Maaß (fortfahrend): – Ja, das ist mein letzter Satz.

Wenn ich mir Ihre Rede anhöre, dann möchte ich einfordern, dass Sie auch nicht in Ihrer Fraktion Ihre Überzeugung auf Sektierertum aufbauen sollten. – Danke schön.

(Beifall bei den Fraktionen GAL, SPD und CDU)

C

D

A **Präsident Berndt Röder:** Meine Damen und Herren! Die Redezeit der Aktuellen Stunde ist beendet.

Ich komme zu Tagesordnungspunkt 12, Drs. 19/52: Wahl eines Mitglieds des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas.

**[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:
Wahl eines Mitglieds des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)
– Drs. 19/52 –]**

Die Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten jeweils ein Feld für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen auf dem Stimmzettel jeweils nur ein Kreuz machen. Bitte nehmen Sie jetzt Ihre Wahlentscheidung vor.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen.)

Dann darf ich Frau Bekeris und Herrn Hecht bitten, mit dem Einsammeln zu beginnen.

Gibt es noch Stimmzettel, die nicht ausgefüllt sind und noch der Abgabe bedürfen? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich die Wahlhandlung. Das Wahlergebnis wird Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt gegeben werden.*

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 26 und 29 auf, Antrag der SPD-Fraktion: Studiengebühren abschaffen und Antrag der Fraktion DIE LINKE: Studiengebühren.

B **[Antrag der Fraktion der SPD:
Studiengebühren abschaffen
– Drs. 19/29 –]**

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Studiengebühren
– Drs. 19/39 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drs.19/89 ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Studiengebühren, Moratorium für
Exmatrikulationen wegen Nichtzahlung
der Studiengebühren
– Drs. 19/89 –]**

Die Drs. 29 und 39 möchte die GAL-Fraktion an den Verfassungsausschuss überweisen. Für die Drs. 19/89 liegt ein Antrag der CDU-Fraktion auf Überweisung an den Verfassungsausschuss vor.

Das Wort wird gewünscht. Die Abgeordnete Ernst bekommt es.

Britta Ernst SPD: Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Im Sommer 2006 hat die Hamburgische Bürgerschaft mit den Stimmen der CDU und gegen die Stimmen von SPD und GAL die Einführung von Studiengebühren beschlossen. Studiengebühren sind sozial ungerecht und bildungspolitisch der falsche Weg.

(Beifall bei den Fraktionen SPD und DIE LINKE)

Die Abgeordneten der GAL haben damals mit uns gegen diese fatale Entwicklung gestimmt und das war richtig. Wir waren uns in vielen Dingen einig, warum die Einfüh-

rung von Studiengebühren falsch ist. Wir haben in der Bürgerschaft, in den Ausschusssitzungen und auch in der Öffentlichkeit erbittert gegen diese Einführung gekämpft.

Auch im Hamburger Wahlkampf haben Studiengebühren eine große Rolle gespielt. Viele Wählerstimmen, die wir von Hamburger Bürgerinnen und Bürgern bei der Wahl, die nur gut einen Monat zurückliegt, bekommen haben, waren konkrete Stimmen für mehr soziale Gerechtigkeit, Stimmen von Hamburgerinnen und Hamburgern, die eine Stadt mit besseren Chancen für Kinder und Jugendliche aus sozial schwächeren Familien wollen, Stimmen von Bürgerinnen und Bürgern, die wissen, dass Studiengebühren mit der damit verbundenen Begrenzung des Zugangs zu den Hochschulen ein falscher Weg sind. Aber auch junge Menschen, die in Sorge sind, ob sie die Perspektive haben, ein Studium aufzunehmen oder die an der Uni sind und nicht wissen, wie sie neben Lebenshaltungskosten auch noch ihr Studium finanzieren wollen, diese Wählerinnen und Wähler haben mit der Wahl in Hamburg große Hoffnungen verbunden, dass hier die Weichen neu gestellt, umgestellt werden für ein soziales Hamburg.

(Beifall bei den Fraktionen SPD und DIE LINKE)

Wir wollen heute in dieser Bürgerschaft eine Zustimmung zu unserem Antrag auf Abschaffung von Studiengebühren. Es gibt nicht nur in Hamburg eine Mehrheit für die Abschaffung von Studiengebühren, sondern auch in dieser Bürgerschaft und sie muss heute genutzt werden.

(Beifall bei der SPD-Fraktion und vereinzelt bei der Fraktion DIE LINKE)

Unsere Argumente gegen Studiengebühren, die wir in den letzten Jahren in der Bürgerschaft ausgetauscht haben, waren richtig und sind immer noch richtig. Dennoch behaupten einige nach wie vor, dass Studiengebühren gar keine abschreckende Wirkung für Studierende hätten. Da gibt es ein klares Gegenbeispiel, und zwar die BAföG-Reform, die die rotgrüne Bundesregierung Ende der Neunzigerjahre auf den Weg gebracht hat. Die hat sehr deutlich gezeigt, dass eine finanzielle Entlastung von jungen Menschen dazu führt, dass mehr ein Studium aufnehmen. Sie hat auch gezeigt, dass die Sozialstruktur der Studierenden verändert wurde, dass mehr junge Menschen aus Arbeiterfamilien ein Studium aufgenommen haben. Es studieren jetzt mehr Kinder aus sozial schwachen Familien. Es ist also nicht zu bestreiten, dass finanzielle Entlastungen die Zahl von Studierenden steigert, finanzielle Belastungen vom Studium abschrecken. Daher ist es richtig, die Studiengebühren wieder abzuschaffen, wie wir es heute auch in unserem Antrag fordern.

(Beifall bei der SPD-Fraktion, bei Antje Möller GAL und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Besonders zynisch ist das Argument, Studiengebühren seien gar keine Hürde, weil die Hürde schon im Schulsystem so stark sei, dass die jungen Leute es gar nicht so weit schaffen würden. Das ist besonders zynisch, wenn es vonseiten der CDU kommt. War es doch gerade die CDU, die in der vergangenen Legislaturperiode Bildungshürden aufgebaut hat durch große Klassen und Gebühren im Schulsystem.

* Ergebnis siehe Seite 38 B

A (Beifall bei den Fraktionen SPD und GAL und bei Dora Heyenn DIE LINKE)

Unser Ziel sind daher bessere Chancen beim Zugang zum Bildungssystem. Die erfolgreichen BAföG-Reformen werden aber durch Studiengebühren der CDU-Bundesländer konterkariert. Es waren SPD und Grüne im Bund, die vielen jungen Menschen neue Chancen eröffnet haben. Daher können wir uns nicht vorstellen, dass Grüne die Türen, die wir gemeinsam eröffnet haben, in den Ländern wieder schließen wollen.

Auch spukt durch die Debatte wieder das Gespenst der nachgelagerten Studiengebühren. Es gab Berichterstattungen, dass die GAL dieses Konzept schon abgenickt hat. Auch die Argumente hiergegen sind genauso falsch wie vor der Bürgerschaftswahl. Ich will es deshalb noch einmal sagen: Die Perspektive einer hohen Verschuldung schreckt doch Kinder aus sozial schwachen Familien absolut ab. In Familien, in denen noch nie jemand studiert hat, ist doch die Vorstellung, hohe Schulden nach dem Studium aufzubauen, überhaupt nicht einzuschätzen. Es gibt doch häufig im familiären Umfeld überhaupt niemanden, der einen akademischen Weg gegangen ist, der Auskunft geben oder gar Vorbild sein kann. Deshalb wird es große Abschreckungseffekte haben. Mit einer Lebenshaltung – Schulden macht man nicht –, wie es viele Bürgerinnen und Bürger haben, ist doch die Perspektive von 17.000 Euro Schulden nach einem Studium ein klarer Grund, sich gegen die Universität und lieber für eine Berufsausbildung zu entscheiden. Das zeigt auch, wie falsch dieses Argument ist.

(Beifall bei den Fraktionen SPD und DIE LINKE)

B Die CDU ist bekanntermaßen diesen sozialen Argumenten wenig zugänglich.

(Frank Schira CDU: Das stimmt überhaupt nicht!)

In den letzten Tagen mussten wir auch lernen, dass Sie auf ökonomische Argumente, die wichtig für den Standort Hamburg sind, auch nicht mehr hören, wenn man verfolgt, welche Spielereien Sie energiepolitisch vornehmen oder dass Sie sogar die Elbvertiefung infrage stellen. Aber auch das ökonomische Argument gegen Studiengebühren ist doch nach wie vor richtig. Vergleichen wir im OECD-Vergleich die Zahl der Studentinnen und Studenten, so studieren dort über 50 Prozent. In Deutschland sind es nur 36 Prozent. Das zeigt doch, wie groß die Differenz und der Aufholbedarf ist.

Ein weiterer Faktor ist sehr wichtig: Hamburg steht im Wettbewerb um die klugen Köpfe der Republik. Da können wir es uns nicht leisten, junge Menschen von einem Studium in unserer Stadt abzuhalten. Auch deshalb sind Studiengebühren ein schwerer Fehler.

(Beifall bei den Fraktionen SPD und DIE LINKE und vereinzelt bei der GAL-Fraktion)

Auch über ein Weiteres darf es überhaupt keinen Zweifel geben, wer hier diskutiert. Es wird doch nicht bei 500 Euro pro Semester bleiben. So naiv kann doch niemand sein, das zu glauben. Es wird eine weitere Steigerung von Studiengebühren geben. Es wird eine Entwicklung eingeleitet, die den Hochschulen erlauben wird, selber über die Höhe von Gebühren zu entscheiden, und es wird eine Entwicklung eingeleitet, bei der sich die Hochschulen künftig die Studierenden selber aussuchen. Diese fatale Entwicklung muss gestoppt werden, solange es

noch geht. Auch deshalb ist es richtig, heute das Thema Studiengebühren in Hamburg zu beerdigen.

(Beifall bei den Fraktionen SPD und DIE LINKE)

Die CDU ist auch mit ihren eigenen Plänen gescheitert. Es gibt keine Stipendiensysteme, wie Sie sie zu Beginn versprochen haben und wie Senator Dräger sie auch in die Debatte immer wieder eingebracht hat. Es gibt das Versprechen nicht und es gibt, wie wir gelesen haben, künftig auch diesen Wissenschaftssenator nicht, der nicht nur dieses Versprechen nicht halten konnte, sondern dessen gesamte Hochschulpolitik so katastrophal war, dass er in der Beurteilung der bundesdeutschen Wissenschaftssenatoren durch den Deutschen Hochschulverband wieder einmal auf dem letzten Platz landete, das dritte Mal in Folge.

(Wolfgang Beuß CDU: Nun halten Sie sich mal zurück!)

Sein Scheitern hat er dann konsequenterweise mit einem Rückzug aus der Politik beantwortet.

(Michael Neumann SPD: Sehr gut!)

Nutzen wir heute die Gelegenheit, dieser personellen Konsequenz auch eine inhaltliche Konsequenz folgen zu lassen: Schaffen wir die Gebühren ab und korrigieren wir damit eine der schlimmsten Entscheidungen des CDU-Senats der letzten Legislaturperiode.

(Beifall bei den Fraktionen SPD und GAL)

Nun haben wir gehört, dass unser Antrag und auch die anderen Anträge an den Verfassungsausschuss überwiesen werden sollen. Das verstehen wir seitens der GAL nicht so richtig. Wir haben uns sehr gut an das Jahr 1997 erinnert. Seitdem kennen wir im parlamentarischen Bereich sehr gut den Begriff des Fensters. Damit ist nämlich gemeint, dass es eine politische Meinungs- und Beschlussfassung gibt, bevor man sich in einer Koalition festgelegt hat. Die Grünen haben dieses Fenster 1997 genutzt, um gemeinsam mit der CDU eine Bezirksverwaltungsreform durchzusetzen. Stimmen Sie daher unserem Antrag zu, nutzen Sie heute auch dieses Fenster, das es ja gibt, bevor Koalitionsverhandlungen da sind, und stimmen Sie unserem Antrag zu, um für mehr soziale Gerechtigkeit und mehr Chancen einzutreten.

(Beifall bei den Fraktionen SPD und DIE LINKE)

Wir würden nicht nur konkret die Lebensbedingungen vieler junger Leute verbessern, die darauf warten und die auch diese Debatte heute sehr genau verfolgen werden, sondern wir würden auch unsere Wahlversprechen einlösen. Vielleicht wäre es für Sie von der GAL auch ganz einfach, weil Sie damit einen Streitpunkt aus den Koalitionsverhandlungen schon erledigt hätten.

(Beifall bei den Fraktionen SPD und DIE LINKE und bei Christiane Blömeke GAL)

Insofern: Stimmen Sie unserem Antrag zu. Nutzen wir die Gelegenheit, unser Wahlversprechen zu erfüllen, kämpfen wir für mehr soziale Gerechtigkeit und eine bessere Perspektive an den Hochschulen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den Fraktionen SPD und DIE LINKE)

Präsident Berndt Röder: Dann gebe ich das Wort dem Abgeordneten Beuß.

- A **Wolfgang Beuß** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Erstens: Die vorliegenden Anträge zur Abschaffung der Studiengebühren nenne ich unseriös, denn sie weisen keine Deckung auf.

(Heiterkeit bei der Fraktion DIE LINKE)

Zweitens: Es wird Ihnen durch diese Anträge nicht gelingen, in die zurzeit laufenden Koalitionsverhandlungen einen Spaltpilz hineinzubringen. Darauf brauchen Sie nicht zu hoffen.

(Jens Kerstan GAL: Da liegen wir meilenweit auseinander!)

Drittens: Die inhaltlichen Standpunkte, die die CDU-Fraktion in der vergangenen Legislaturperiode gehabt haben, sind Ihnen zum Thema Studiengebühren hinlänglich bekannt. Ich verweise deshalb auf die Protokolle aus dieser Zeit.

(Michael Neumann SPD: Welche Nummer noch mal?)

Viertens: Wir stimmen dem Antrag der GAL zu, die beiden Anträge an den Verfassungsausschuss zu überweisen. Wir selbst werden den Zusatzantrag, der heute eingebracht worden ist, auch an diesen Ausschuss überweisen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU-Fraktion)

Präsident Berndt Röder: Dann bekommt das Wort die Abgeordnete Dr. Gümbel.

- B **Dr. Eva Gümbel** GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben heute zwei Anträge und einen Zusatzantrag zu beraten. Natürlich stimmt die GAL mit der politischen Zielsetzung dieser Anträge überein. Wir lehnen Studiengebühren ab. Wir wollen einen freien Zugang für Bildung für alle Bevölkerungsschichten und selbstverständlich wollen wir auch nach der Wahl nicht, dass die finanzielle Situation der Familie darüber entscheidet, ob ein junger Mensch ein Studium aufnimmt oder nicht.

(Beifall bei den Fraktionen SPD und GAL – Michael Neumann SPD: Bravo!)

Wir wollen auch nicht, dass sich Bildungsbiografien in der Familie wiederholen nach dem Schema: Wenn die Mutter nicht studiert hat, studiert auch die Tochter nicht.

Unsere Stadt hat kein einziges Talent zu verschenken. Wir wollen auch die Zögerlichen und die Bildungsfernen ermutigen, in Bildung zu investieren und nicht nach dem Abitur eine Ausbildung anzufangen und damit Geld zu erwerben, sondern wir wollen sie ermutigen, Bildung zu erwerben.

(Beifall bei der GAL-Fraktion – Frank Schira CDU: Was aber nichts Schlechtes sein muss!)

Wir brauchen alle klugen Köpfe. Die klugen Köpfe vom Dulsberg, aus Steilshoop, vom Osdorfer Born und auch Eidelstedt. Natürlich müssen auch die Hochschulen besser ausgestattet sein. Die Qualität von Forschung und Lehre muss steigen und auch hierzu bedarf es Geld. Ich möchte mich an dieser Stelle gar nicht an dem von der CDU angeführten Modell der Studiengebühren abarbeiten. In der letzten Legislaturperiode ist das Modell oft genug von uns an dieser Stelle kritisiert worden, aber

dennoch möchte ich Ihnen drei Punkte ins Gedächtnis rufen, die mir die Situation klar beleuchten.

Zunächst einmal die Situation an der Hochschule für bildende Künste, eine für die Hamburger Stadt, die sich ja Talentstadt nennt und eine kreative Stadt sein will, sehr bedeutende kleine Institution. Wegen des anhaltenden Boykotts und den darauf folgenden Zwangsexmatrikulationen fürchtet nun die Hochschule um ihren Bestand.

(Michael Naumann SPD: Ein Skandal!)

– Ein Skandal, Sie haben völlig recht.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Dann können Sie ja dem Zusatzantrag zustimmen!)

Die Verwaltung ist überfordert, auf der anderen Seite das aufgelaufene Geld auszugeben. Wir wissen, dass ein Viertel der Studiengebühren noch nicht ausgegeben sind. Die Verwaltung ist auch damit überlastet, die Vorgänge korrekt zu bearbeiten, was zu einer Flut von Zwangsexmatrikulationen führte. Ich nenne nur die beiden Gruppen: Das ist zum einen die Gruppe der Besten, die befreit worden waren, weil sie besonders gute Zensuren hatten, dann aber trotzdem die Exmatrikulation bekamen. Die andere Gruppe, die der sozial Bedürftigen, die Mütter mit den kleinen Kindern, die vor dem Briefkasten gestanden haben und das Schreiben herausgefischt haben, dass sie nun exmatrikuliert sind. Welche Panik da in jedem Einzelnen aufgestiegen sein mag, können wir uns gut vorstellen.

Klar ist, dass wir uns dafür einsetzen wollen, dass die Situation der Studierenden in dieser Stadt verbessert wird.

(Beifall bei der GAL-Fraktion – Barbara Duden SPD: Ja, dann müssen Sie jetzt zustimmen! – Michael Naumann SPD: Geben Sie sich einen Ruck!)

Aber klar ist auch, dass das beileibe nicht das Einzige ist, was in dieser Stadt verbessert werden muss. Deshalb sind wir keineswegs bereit, wie die Kollegen von der SPD und von der Fraktion DIE LINKE, uns hier die eine gute Sache sehr symbolträchtig herauszupicken und am Haushaltsausschuss vorbei zu beschließen.

(Beifall bei der GAL-Fraktion – Ingo Egloff SPD: Sie werden in der nächsten Sitzung noch mehr Gelegenheit bekommen!)

Immerhin handelt es sich um eine Entscheidung im Rahmen von ungefähr 35 Millionen Euro.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Bei der Elbphilharmonie war das nicht so schlimm!)

Wenn es sich nicht nur um einen symbolträchtigen Akt handeln soll, Herr Buss, sondern wenn es tatsächlich darum gehen soll, die Lebenswirklichkeit von allen in dieser Stadt zu verändern, dann wird man über einen Prozess des Abwägens und des Priorisierens nicht herumkommen, und das geschieht im Haushaltsausschuss.

(Beifall bei der GAL-Fraktion)

Dort nimmt das Parlament eine seiner wichtigsten Aufgaben wahr, nämlich die Mittelvergabe. Das haben wir vorhin an anderer Stelle oft gehört. Deshalb beantragen wir die Überweisung beider Anträge, auch des Zusatzantrages, an den ersatzweise für den Haushaltsausschuss

C

D

- A fungierenden Verfassungsausschuss. Wir treten nicht das Gestaltungsrecht des Parlaments an den Senat ab, wie es die SPD, explizit die LINKE, tut, ohne es zu tun.

(Barbara Duden SPD: Das ist Politik, was wir hier machen!)

Hören Sie mir einfach einmal zu.

(Zuruf: Das können Sie hier beschließen, dann ...)

– Aber selbstverständlich. Sie haben in Ihrem Antrag formuliert, dass der Senat die Mittel bereitzustellen hat. Wir wollen sehr gerne darüber mitentscheiden, welches Geld wo und wie umgeschichtet werden soll.

(Beifall bei der GAL-Fraktion)

Für uns gilt auch in dieser Frage das Prinzip der Verantwortung. – Danke.

(Beifall bei der GAL-Fraktion)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Studiengebühren waren bis Ende der Sechzigerjahre in Deutschland Usus. Das beendete die Bildungsreform in den Siebzigerjahren. 1973 wurde der internationale Pakt für wirtschaftliche und soziale Rechte unterzeichnet, in dem sich die Bundesregierung gemäß Artikel 63 der Menschenrechtskonvention der UNO zu einer allmählichen Einführung der Unentgeltlichkeit von Hochschulbildung verpflichtete.

- B Genau auf dieser Grundlage hat das Bundesverwaltungsgericht vor wenigen Tagen die Revision einer Paderborner Studentin gegen eine abschlägige Entscheidung zugelassen. Die Studentin hatte in einer Musterklage darauf hingewiesen, dass die Einführung der Gebühren gegen den UN-Sozialpakt verstößt. Das zuständige OVG dagegen hatte in seinem Urteil argumentiert, dass das Völkerrecht nicht unmittelbar bindend sei. Einige Gerichte scheinen da weiter zu sein als die Politik. Bildung ist ein Bürgerrecht. Das muss wieder gestärkt und in die gegenwärtige Debatte wieder eingebracht werden. Die LINKE fordert auch auf Bundesebene, dass gebührenfreie Bildung Verfassungsrang bekommt.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Die Pläne von Schwarzrot auf Bundesebene für mehr Wettbewerb zwischen den Bundesländern geht zulasten einer gesamtstaatlichen Bildungsverantwortung und damit zulasten eines offenen Bildungszugangs. Der Weg ist genau in die falsche Richtung. Wir haben ein Bildungssystem, das dem, was im Grundgesetz steht, genau diametral entgegensteht. In Artikel 3 Grundgesetz heißt es, dass niemand wegen seiner sozialen Herkunft benachteiligt werden darf.

Die Debatte um Studiengebühren ist – wie man offenkundig auch hier sieht – eine politische Richtungsentscheidung. Eine gesellschaftliche Zustimmung zu Studiengebühren gibt es nicht. Bildung für alle heißt auch, dass Bildung für alle zugänglich sein muss. Die Öffnung der Universitäten war eine der wichtigsten Errungenschaften des letzten Jahrhunderts. Interessant ist, dass viele aus der Generation, die zu der Zeit an den Hochschulen ihre Examen machten – ich glaube, viele von uns waren da auch –, heute die Studiengebühren einführen.

C Hinzu kommt noch, dass die heute Studierenden für ihre Altersvorsorge wahrscheinlich selbst aufkommen müssen. Das ist ein Bruch des viel zitierten Generationsvertrages in gleich doppelter Weise.

In den Siebzigerjahren war es ebenfalls Konsens, dass die Angleichung der Bildungschancen mit einer Demokratisierung der Gesellschaft verbunden ist. Die Auswirkungen von Studiengebühren sind nicht zu übersehen. Sie ersetzen Rechts-, Beteiligungs- und Mitwirkungsansprüche durch ein privates Marktverhältnis zwischen Verkäufern und Kunden. Werdende Studierende werden nur noch als Kundinnen und Kunden und nicht mehr als Mitglieder der Universität betrachtet. Dadurch haben sie auch keinen Anspruch mehr auf selbstverwaltete Strukturen oder Sitz und Stimmrecht in den Hochschulgremien. Da hat die CDU in Hamburg auch schon kräftig zugeschlagen.

Für die Fraktion DIE LINKE ist die Gebührenfreiheit von Bildung eine wesentliche Voraussetzung für ein demokratisches Bildungssystem. Auf den Punkt gebracht: Die LINKE fordert die Demokratisierung der akademischen Gremien, um die Mitbestimmungsrechte der Hochschulmitglieder zu stärken. Das gilt auch für die Wissenschaftsfreiheit gegenüber der Wirtschaft.

Studiengebühren sind Teil eines Gesellschaftsbildes, das die zivilisatorischen Errungenschaften von Sozialstaat, Teilhabe, Mitbestimmung und Umverteilung ersetzen will. An ihre Stelle tritt eine marktfixierte radikale Wettbewerbsorientierung. Wer bezahlt eigentlich Hochschulen und Studienmöglichkeiten?

(Viviane Spethmann CDU: Wir alle!)

D Von Geld war heute schon häufig die Rede und in sehr unterschiedlichen Varianten. Wir bezahlen alle die Hochschule, oder – anders ausgedrückt – die Steuerzahler. Überproportional sind es diejenigen, die eher wenig verdienen. In unserem Lande sind es die Arbeitnehmer. Das könnte den einen oder anderen durchaus einmal zum Grübeln veranlassen nach dem Motto: Einsicht ist der erste Weg zur Besserung. Aber weit gefehlt. Anstatt über das Steuerrecht in Deutschland nachzudenken,

(Wolfgang Beuß CDU: Dann kommen Sie mal zu der CDU!)

werden aberwitzige Konstruktionen kreiert. Eines der beliebtesten Beispiele, das die CDU oft anführt, ist, dass es nicht sein könnte, dass die Arzthelferin mit ihren Steuern das Studium des Sohnes ihres Chefs bezahlt.

(Olaf Ohlsen CDU: Komm' zum Thema!)

Daraus wird dann auch die Schlussfolgerung abgeleitet, Studiengebühren erhöhten die soziale Gerechtigkeit. Schlimmer kann Heuchelei wirklich nicht sein.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Damit wird das Recht auf ein gebührenfreies Studium geradezu skandalisiert.

Was wird nicht alles aus Steuermitteln bezahlt.

(Harald Krüger CDU: Weil wir so gut rechnen können!)

Wir hatten heute schon die unselige Diskussion über die Elbphilharmonie. Die Steuerzahler insgesamt bezahlen Dinge, von denen nicht alle profitieren. Man könnte zum Beispiel unter dieser Überschrift auch die Zuschüsse zu

- A Theatern, Museen und Staatsoper ad absurdum führen. In Sonntagsreden hören wir immer wieder, insbesondere von den Christdemokraten, dass an den Bildungschancen der nächsten Generation nicht gespart werden darf. Sätze wie "Bildung ist der Rohstoff für die Zukunft" sind uns nur allzu sehr vertraut. Wenn man das aber wirklich ernst meint, dann heißt das in der Konsequenz, dass Bildung und Ausbildung eine gesamtgesellschaftliche, eine staatliche Aufgabe ist und diese Aufgabe schließt ausdrücklich mit ein, den Artikel 3 des Grundgesetzes zu berücksichtigen. Joachim Bischoff hat darauf hingewiesen: DIE LINKE fordert einen Kassensturz. Wenn Sie bei Studiengebühren plötzlich damit kommen, dass es keine Deckungsvorschläge gibt und bei der Elbphilharmonie 20 Millionen Euro überhaupt kein Betrag sind, so weiß jeder von uns, der hier sitzt, ganz genau, dass es garantiert bei 20 Millionen Euro nicht bleibt, und da ist das alles zu finanzieren?

Was auch ein Problem ist: Wenn sich die Banken verspekulieren und die Einlagen der Menschen an Börsen verprassen, dann ist das überhaupt kein Problem, den Banken mal eben Hunderte von Millionen Euro aus dem Staatssäckel zur Verfügung zu stellen, und bei der Bildung wird plötzlich gesagt, das sei ein finanzielles Problem, da fehle die Deckung.

Dieses Argument mit den leeren Kassen ist sowieso nur eine vordergründige Argumentation, denn zu den leeren Haushaltskassen haben gerade die letzten Bundesregierungen selber mit gigantischen Steuersenkungsprogrammen für Besser- und Großverdiener selbst beigetragen. Letztendlich sind die Studiengebühren ein Element, ein Instrument im Ökonomisierungs- und Privatisierungsprozess unserer Hochschulen und unserer Gesellschaft. Die sozialen Wirkungen und Steuerungseffekte von Studiengebühren sind gesellschaftlich schädlich. Sie fördern ein antisoziales und ein entsolidarisierendes persönliches Bildungsverhalten und verstärken die gesellschaftliche Verantwortungslosigkeit des Wissenschaftssystems. Ich erinnere nur an Dürrenmatt "Die Physiker".

B

Von einer demokratischen und sozialgerechten Bildungspolitik, die auch gesamtgesellschaftliche Momente im Blick behält, ist der Staat immer weiter entfernt. Hinzu kommt, dass für studentisches Engagement im kulturellen, sozialen und politischen Bereich kein Platz mehr ist, das heißt, keine Zeit. Darauf weisen unter anderem das Studierendenwerk und der Landesjugendring Hamburg in seiner Zeitschrift "punktum" aus dem Januar explizit hin. Studiengebühren sind zutiefst unsozial. Sie beteiligen wiederum genau die gleichen Gruppen in unserer Gesellschaft, die immer benachteiligt werden. Sie stellen einen sozialen Numerus clausus dar. Der Anteil der Studierenden aus einkommensschwachen und bildungsfernen Schichten ist in Deutschland rückläufig. Studiengebühren setzen die international kritisierte soziale Ausgrenzung unseres Schulsystems in der Hochschule fort. Wenn Kinder aus armen Familien es trotz Widrigkeiten des dreigliedrigen Schulsystems geschafft haben, die Hochschulreife zu bekommen, wird ihnen der Zugang zum Studium durch Gebühren wieder zusätzlich erschwert. Dazu einige Zahlen.

Die Sozialerhebung des Deutschen Studienwerkes hat festgestellt, dass knapp 70 Prozent der Studierenden regelmäßig erwerbstätig sind. Ein Drittel davon arbeitet mehr als acht Stunden die Woche und ein Viertel mehr als 20 Stunden die Woche. Das heißt, die arbeiten halb-

tags. Sie sind halbtags beschäftigt und sollen Vollzeit studieren. Dann kommen noch die Studiengebühren hinzu. Frau Ernst hat darauf hingewiesen, dass sich viele Jugendliche und ihre Familien nicht vorstellen können, sich von vornherein zu verschulden, weil sie ein Studium aufnehmen.

C

Alle Ergebnisse von PISA haben festgestellt, dass es in keinem anderen Industrieland eine solche gnadenlose Auslese gibt wie im Bildungssystem der Bundesrepublik. Es gibt auch kein Land, in dem die Leistungsniveaus so stark auseinanderklaffen wie bei uns.

(Harald Krüger CDU: Das merkt man an Ihnen!)

Über 50 Prozent der Jugendlichen aus der Gruppe der 18- bis 21-Jährigen stammt bei uns aus eher sozial schwachen Verhältnissen. Davon studieren ganze 8 Prozent. Aus der Gruppe mit einer höheren sozialen Herkunft studieren 72 Prozent. Das ist erschütternd. Studiengebühren benachteiligen vor allem auch Frauen und Mütter, nicht nur, dass sie immer noch weniger verdienen als Männer, sie verhindern die Ausbildung zu Akademikerinnen und erschweren den Frauen, in jungen Jahren Kinder zur Welt zu bringen. Studierende Mütter brauchen länger, um ihr Studium abzuschließen. Dadurch erhöht sich mit dem System der Studiengebühren natürlich auch die Zahl der Zinszahlungen.

Wir wollen keine Universitäten, die als Maschinerie Arbeitskräfte für den Arbeitsmarkt produzieren. Die Menschen in diesem Land haben ein Recht auf Bildung und ihre freie Entfaltung in der Wissenschaft und an der Hochschule. Mit den Studiengebühren im Nacken wird der eine oder andere wohl versuchen, nur noch auf den Arbeitsmarkt hin zu studieren. Das hat mit Universitätsstudium eigentlich nichts mehr zu tun. Die Universität ist der Ort der freien Entfaltung des Geistes und der Wissenschaft und wir brauchen mehr Kreativität, mehr Wissenschaft, mehr Innovation. Die ganze Diskussion um Turboabitur, Bachelor- und Masterstudium hat doch nur noch ein einziges Ziel, nämlich Menschen so früh wie möglich verwertbar und verfügbar zu machen für die Wirtschaft.

D

Dafür schickt man sie dann mit 55 wieder in die Frührente. Für die Fraktion DIE LINKE ist die Gebührenfreiheit ein wesentliches Element. Das gilt für den Kindergarten genauso wie für die Schule, die Ausbildung, das Studium und die Weiterbildung. Es geht in dieser Diskussion auch nicht mehr ausschließlich um die soziale Frage im Bildungssystem. Es geht inzwischen – das haben wir auch im Schulsystem – um eine Verteilungskonkurrenz. Das schließt den Bogen zu unserer schier nicht enden wollenden Schuldiskussion. Wenn wir, wie jetzt die neuesten Tendenzen quer durch alle Parteien zeigen, die soziale Ausgrenzung im Kindergarten verhindern wollen, dann können wir sie auf der anderen Seite nicht wieder durch Gebühren im Studium verschärfen. Studiengebühren sind aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen Gründen abzulehnen. Sie lösen kein einziges Problem. Sie verschärfen die Krise des Bildungssystems. Auch darauf hat Frau Ernst schon hingewiesen.

Die Hochschulbildung ist ein wichtiger Faktor zur Sicherung der Zukunft unserer Gesellschaft und keine reine Investition.

(Unruhe im Hause – Glocke)

A **Präsident Berndt Röder** (unterbrechend): Ich bitte für Sie um ein wenig mehr Ruhe und Aufmerksamkeit. – Danke.

Dora Heyenn (fortfahrend): Danke.

Hochschulbildung ist für uns ein wichtiger Faktor zur Sicherung der Zukunft unserer Gesellschaft.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter Engels, ich meinte das für jeden in diesem Hause.

Dora Heyenn (fortfahrend): Sie sollten Lehrer werden.

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

Dora Heyenn (fortfahrend): Die Hochschulausbildung ist ein wichtiger Faktor zur Sicherung der Zukunft unserer Gesellschaft und keine reine Investition in das sogenannte Humankapital der Studierenden.

Ich habe mich bei der Vorbereitung auf diese Sitzung die ganze Zeit gefragt – die SPD hat es auch getan –, warum wir nicht heute über die Abschaffung der Studiengebühren abstimmen.

Wie schon eingangs erwähnt, ist diese Diskussion nicht neu. Die Argumente sind schon vielfach hin und her gewälzt worden und eine Beratung in den Ausschüssen wird nichts Neues zutage bringen. Ich bin davon ausgegangen, dass es nach der Wahl am 24. Februar in diesem Hause eine parlamentarische Mehrheit gegen Studiengebühren geben wird.

(Wolfgang Beuß CDU: So kann man sich täuschen!)

– Es ist eben noch einmal bestätigt worden, dass es von der Willensbildung her eine Mehrheit gibt.

Das Problem ist, dass die GAL, die im Wahlkampf immer klar die Position vertreten hat, dass sie gegen Studiengebühren ist, sich nicht traut. Man könnte auch sagen, sie weiß noch nicht, was sie darf.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Das ist sehr bedauerlich und diese Verzögerungstaktik geht eindeutig zulasten der Studierenden unserer Stadt. Über 4.000 junge Menschen sind von Exmatrikulation bedroht und haben sie teilweise bereits ausgesprochen bekommen. Das Mindeste, wofür die Bürgerschaft sich heute durchringen müsste, wäre ein Moratorium. Es kann nicht im Interesse der Hochschule liegen, Studierende zu verlieren, die wegen finanzieller Schwierigkeiten die Studiengebühren nicht bezahlen können.

Es können ihnen auch keine kostspieligen Verfahren aufgezwungen werden. Wenn politisch – so verstehe ich die Überweisung der Anträge an die Ausschüsse – durchaus ernsthaft in Betracht gezogen wird, die Studiengebühren abzuschaffen, dann müssten wir heute ein Moratorium für die Exmatrikulation erwirken können.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE heute einen Initiativantrag eingebracht und wir bitten um Zustimmung. Wenn

dieser Antrag überwiesen wird, muss man sich über die Konsequenzen im Klaren sein. Im Wahlkampf ist sehr viel über Verantwortung gesprochen worden. Dann hat diese Bürgerschaft die Verantwortung dafür, dass 4.000 junge Menschen exmatrikuliert werden. Das ist ein Rieseneinschnitt in das Leben eines jungen Menschen. Der weiß nicht, wie er weiterarbeiten soll. Davon sind auch Familien betroffen. Es wäre das Allermindeste, was diese Bürgerschaft tun könnte, da die Mehrheit gegen Studiengebühren ist, dass bei der Exmatrikulation ein Moratorium erreicht wird.

In der prinzipiellen Frage der Studiengebühren werden wir alle parlamentarischen und außerparlamentarischen Möglichkeiten nutzen, um die berechtigten Forderungen der Studierenden zu Gehör zu bringen. Die Studiengebühr gehört abgeschafft, in Hamburg und auch anderswo. — Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Fraktion DIE LINKE)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Egloff.

(Rolf Harlinghausen CDU: Genauso lange?)

Ingo Egloff SPD:* Wenn Sie es möchten, Herr Harlinghausen, kann ich auch solange reden, aber ich will Sie nicht quälen.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Beuß, den ich im Übrigen sehr schätze, hat hier sehr wenig gesagt. Er hat gesagt, die inhaltlichen Standpunkte der CDU seien dem Parlament bekannt. Das ist richtig. Aber die CDU müsste zur Kenntnis nehmen, dass sie für diese Inhalte in diesem Hause keine Mehrheit mehr hat.

(Beifall bei den Fraktionen SPD und DIE LINKE)

Es wäre angebracht, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU, darüber nachzudenken, wie Sie an dieser Stelle Ihre Politik ändern wollen. Ich bin natürlich gespannt, was bei den Koalitionsverhandlungen zwischen der GAL und der CDU herauskommt, wenn wir hier das vernehmen, was die Kollegin von der GAL gesagt hat, dass man im Prinzip auch dafür sei, die Studiengebühren abzuschaffen, und auf der anderen Seite das vernimmt, was Herr Beuß sagt, man hätte den inhaltlichen Standpunkt und der sei hinreichend klar. Das heißt, der inhaltliche Standpunkt der CDU hat sich an dieser Stelle anscheinend nicht geändert. Das Ergebnis interessiert uns, wir werden es abwarten.

(Beifall bei der SPD-Fraktion – Hans-Detlef Roock CDU: Warten Sie es doch ab!)

Vielleicht sollten Sie auch zur Kenntnis nehmen, meine Damen und Herren von der CDU, dass Sie beispielsweise beim Wahlergebnis bei den jungen Leuten in dieser Stadt krachend eingebrochen sind und dass Ihr RCDS trotz einer Zweiprozenthürde es nicht einmal geschafft, ins Studentenparlament gewählt zu werden.

(Beifall bei den Fraktionen SPD und DIE LINKE)

Das ist Ausdruck dessen, was diejenigen, die davon in erster Linie betroffen sind, von dem halten, was Sie in diesem und im letzten Jahr beschlossen und hier zulasten der Studierenden in dieser Stadt durchgedrückt haben. Wir halten nämlich überhaupt nichts davon. Einige Ihrer Kollegen waren mit mir in Diskussionen in Schulen,

- A Herr Freistedt zum Beispiel. Sie haben zur Kenntnis nehmen müssen, dass die Hauptfrage, die die Schüler in den Gymnasien beschäftigt, ist, was mit den Studiengebühren ist. Sind wir in der Lage, überhaupt noch ein Studium zu schaffen? Gucken Sie sich die Untersuchung des Studierendenwerks an, wie die soziale Schichtung sich seit 2000 in dieser Stadt unter den Studierenden verändert hat. Die besseren Einkommensgruppen stellen inzwischen 13,2 Prozent mehr an Studierenden als im Jahre 2000 und bei denjenigen, die als sogenannte Unterschicht bezeichnet werden, ist der Prozentsatz, der sowieso nur bei 14 Prozent lag, noch einmal um fast 4 Prozent zurückgegangen. Das ist die soziale Wirklichkeit der Hochschulpolitik, die Sie zu verantworten haben.

(Beifall bei der SPD-Fraktion und bei *Elisabeth Baum* DIE LINKE)

Studiengebühren verfestigen die soziale Ausgrenzung dieser Gesellschaft, die im Bildungswesen innerschulisch schon angelegt ist. Deswegen wollen wir Sozialdemokraten die Studiengebühren in Hamburg abschaffen.

(Beifall bei der SPD-Fraktion und bei *Kersten Artus* und *Elisabeth Baum*, beide DIE LINKE)

- B Es gibt noch einen anderen Grund. Nun kann man mit Fug und Recht darüber streiten, ob das Studium nur dafür da ist, sich selbst zu verwirklichen, oder ob Studium auch dafür da ist, beispielsweise den Wirtschaftsstandort Hamburg voranzutreiben. Als Wirtschaftspolitiker sage ich: Auch unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten ist die Entscheidung, die Sie getroffen haben, falsch. Frau Ernst hat darauf hingewiesen, dass wir im Vergleich mit anderen OECD-Staaten, was die Frage der Studienanfänger angeht, was die Frage derjenigen angeht, die ihr Studium erfolgreich abschließen, was die Frage der Abiturientenzahlen angeht, im Hintertreffen sind, und das in einem Lande, dessen einzige Ressource in der weltweiten Konkurrenz Bildung ist. Deswegen müssen wir an dieser Stelle unsere Politik ändern und die Studiengebühren abschaffen.

(Beifall bei der SPD-Fraktion und vereinzelt bei der Fraktion DIE Linke)

Ein Punkt noch zur GAL. Sie haben gesagt, grundsätzlich seien Sie auch gegen Studiengebühren, aber haben uns vorgeworfen, wir würden mit diesem Antrag Rosinenpickerei betreiben. Sie können sicher sein, meine Damen und Herren, wir werden weitere Anträge einbringen, durch die Sie deutlich machen können, wo Ihr soziales Gewissen schlägt, ob Sie zu dem stehen, was Sie in der letzten Legislaturperiode beantragt haben und ob Sie weiterhin für einen sozialen Ausgleich in dieser Stadt sind. Die Gelegenheit werden Sie in den nächsten Sitzungen der Bürgerschaft haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD-Fraktion)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Schira.

Frank Schira CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur ein paar kurze Sätze dazu sagen. Ich wundere mich ein wenig über die Scheinheiligkeit der Sozialdemokraten. Mir wurde aus den Sondierungsgesprächen, die Sie, Herr Neumann, Herr Naumann und Herr Egloff mit unserer Spitze geführt haben, berichtet, dass Sie zugesagt haben – deswegen ist Ihre Kritik an

der GAL vollkommen deplatziert und scheinheilig –, wenn wir im Verlaufe von Verhandlungen sind, keine Anträge in die Bürgerschaft einzubringen, die die Seelenlage des Partners beunruhigt. Darum finde ich Ihr Verhalten mehr als scheinheilig.

(Beifall bei der CDU-Fraktion – *Ingo Egloff* SPD: Sagen Sie doch etwas zur Sache!)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Hackbusch.

Norbert Hackbusch DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben eben viele Argumente gehört und sie waren zur Frage der Studiengebühren auch sehr überzeugend. Wir haben auch die Argumente vernommen – vor allen Dingen von der GAL –, warum man den Antrag gegenwärtig nicht abstimmen kann, sondern ihn an einen Ausschuss überweisen will.

Ich will jetzt nicht beurteilen, ob das richtig ist oder nicht, man kann sich vorstellen, was ich darüber denke. Ich will aber auf einen anderen Aspekt eingehen.

Sie haben mit Haushaltsfragen begründet, den Antrag zu überweisen. Es gibt aber einen Zusatzantrag, der mit Haushaltsfragen nichts zu tun hat. Dieser Zusatzantrag hat auch nichts mit der Frage von Seelenheil oder Ähnlichem zu tun, sondern er sagt, solange diese Frage nicht geklärt ist und die Anträge der GAL und der LINKEN im Parlament nicht fertig behandelt sind, sollte es keine Aktion zur Exmatrikulation in dieser Stadt geben. Es ist besonders wichtig, dass die GAL diesem Antrag zustimmt und die Überweisung ablehnt. Es geht um eine demokratische Kultur in dieser Stadt und um die Studentinnen und Studenten, die Sie bei verschiedenen Aktionen unterstützt haben und die gegenwärtig durch Exmatrikulation bedroht sind. Es ist demokratischer Anstand, ein Moratorium darüber zu machen, solange diese Angelegenheit nicht geklärt ist. Das ist genau Ihre Argumentation, die Sie vorgetragen haben. Es ist existenziell und ein wichtiges demokratisches Zeichen, den Vorschlag der CDU, den Antrag zu überweisen, abzulehnen und stattdessen unserem Zusatzantrag zuzustimmen. So viel demokratische Kraft sollte dieses Parlament haben und so viel demokratische Kraft sollte vor allem die GAL haben. — Danke.

(Beifall bei den Fraktionen DIE LINKE und SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Neumann.

Michael Neumann SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Lieber Kollege Schira, in dem Augenblick, als es Sondierungsgespräche zwischen der Sozialdemokratischen Partei und der CDU gab, waren Sie noch nicht in dem Amt, das Sie heute bekleiden. Von daher sollten Sie sich nicht darauf verlassen, was andere Leute Ihnen unterjubeln wollen.

(*Kai Voet van Vormizeele* CDU: Ach so, Sie wollen es jetzt dementieren!)

Das sind unrichtige Tatsachen und Behauptungen. Das Wort Lüge darf ich hier nicht benutzen. Was ich aber sagen möchte, da offensichtlich die Vertraulichkeit seitens der CDU fleißig gebrochen wird, sei der Hinweis, dass in Sondierungsgesprächen sehr wohl über die Forderung von Sozialdemokraten gesprochen worden ist,

- A inwieweit die Studiengebühren abgeschafft werden. Die CDU zeigte in diesem Sondierungsgespräch die gleiche inhaltliche Beliebigkeit und das gleiche inhaltliche Desinteresse, wie wahrscheinlich auch jetzt bei der GAL-Koalitionsverhandlung, indem eingeräumt wurde, man könne selbstverständlich darüber reden, man müsste sich lediglich darüber verständigen, wie man es finanziert. Inhaltlich waren aber die Verhandlungspartner, unter anderem der Erste Bürgermeister mit Michael Naumann, mit Ingo Egloff, mit Inka Damrau und mir einer Meinung, dass Studiengebühren abgeschafft gehören. So viel zum Thema Sondierungsgespräche. Erinnern Sie sich daran, fragen Sie Ihren Bürgermeister, stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei den Fraktionen SPD und DIE LINKE)

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann schreiten wir jetzt zur Abstimmung. Der Abgeordnete Dr. Steffen hat mich wissen lassen, dass er an der Abstimmung nicht teilnehmen werde.

Wer stimmt einer Überweisung der Drs. 19/29, 19/39 und 19/89 an den Verfassungsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Haben Sie mal gezählt? Wir wollten eine getrennte Abstimmung für alle drei Anträge!)

- B Bevor ich den Tagesordnungspunkt 27 aufrufe, teile ich Ihnen das Wahlergebnis für die Wahl eines Mitgliedes des Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas mit. Abgegebene Stimmen 117, davon entfielen auf Frau Machaczek 88 Ja-Stimmen bei 19 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen. Damit ist Frau Machaczek gewählt.

(Beifall bei der CDU-Fraktion – Zuruf: Was ist mit den anderen Anträgen?)

– Ich bitte um Nachsicht. Um welche Anträge soll es sich handeln?

(Zuruf: 19/29, 19/39 und 19/89, Herr Präsident!)

– Ich habe alle drei Anträge, sowohl 19/29, 19/39 als auch 19/89 aufgerufen. Allesamt sind mehrheitlich an den Verfassungsausschuss überwiesen worden.

Tagesordnungspunkt 27, Drs. 19/30, Antrag der SPD-Fraktion: Kindertagesbetreuung in Hamburg ab August 2008: kostenfreies Mittagessen und Beitragsfreiheit im letzten Jahr vor der Einschulung.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Kindertagesbetreuung in Hamburg ab
August 2008: kostenfreies Mittagessen
und Beitragsfreiheit im letzten Jahr vor
der Einschulung
– Drs. 19/30 –]**

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Verfassungsausschuss überweisen. Das Wort wird gewünscht von der Abgeordneten Veit.

Carola Veit SPD:* Vielen Dank, Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Wahl liegt fast sechs Wochen zurück. Der eigentlich abgewählte Senat ist immer noch im Amt und für Hamburgs Wählerinnen

C und Wähler hat sich konkret bisher nichts verändert und erst recht nichts verbessert. Die schwache Begründung, die die CDU eben gegen die Abschaffung der Studiengebühren lieferte, war fast zynisch.

(Beifall bei der SPD-Fraktion – Zuruf von Klaus-Peter Hesse CDU)

– Ja, Herr Hesse, und noch immer grinsen einige von Ihnen selbstgefällig in der Gegend herum, wenn es um die existenziellen Probleme der Menschen in dieser Stadt geht.

(Zurufe: Oh, oh!)

– Und Ihre Zwischenrufe sind auch nicht intelligenter geworden.

(Beifall bei der SPD-Fraktion – Klaus-Peter Hesse CDU: Das liegt an Ihren Redebeiträgen!)

Aber, meine Damen und Herren, glücklicherweise wird es hier und heute hoffentlich gleich einen guten Schritt vorangehen für Hamburgs Familien. Die Wählerinnen und Wähler wollten die Beust'sche Sozialpolitik nicht mehr und offenbar haben Sie von der CDU das zumindest in Teilen auch verstanden. Wie man hört, haben Sie sich gestern auf den letzten Drücker in den achttündigen Koalitionsverhandlungen darauf geeinigt, dass das letzte vorschulische Jahr, also die Bildung für alle Fünfjährigen vor der Schule, kostenfrei werden soll. Dieses Vorhaben ist Inhalt unseres Antrags, der heute zur Abstimmung liegt. Wir sind schon ein wenig stolz darauf, dass es wiederum Sozialdemokraten sind, die wesentliche Inhalte und die Richtung der Hamburger Kindertagesbetreuung beschreiben.

(Beifall bei der SPD-Fraktion)

Nun ist Ihr Verhandlungsergebnis nicht besonders effektiv. Statt stundenlang zu verhandeln, hätten Sie von der GAL heute auch direkt zustimmen können, denn gerade für solche Themen haben uns die Wählerinnen und Wähler ...

(Unruhe im Hause – Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, da werden wichtige Dinge verhandelt. Ich hätte die herzliche Bitte, das etwas leiser oder draußen zu tun, sonst kommt die Rednerin nicht zu Wort. Fahren Sie bitte fort.

Carola Veit (fortfahrend): Statt stundenlang zu verhandeln, hätten Sie hier und heute auch direkt zustimmen können. Schließlich haben uns die Wählerinnen und Wähler ja gemeinsam mit einer komfortablen Mehrheit für diese Vorhaben ausgestattet.

(Beifall bei der SPD-Fraktion und bei Norbert Hackbusch DIE LINKE)

Das ganze Theater hätten Sie sich schenken können. Hier war kein Kompromiss gefordert. Hier hätte es gereicht, wenn Sie Ihre Wahlversprechen ernst nehmen, Frau Goetsch, und für das stimmen, was Sie den Wählerinnen und Wählern vor der Wahl, und auch Sie, Frau Blömeke, versprochen haben.

(Beifall bei der SPD-Fraktion)

Aber nun haben Sie diese Kuh vom Eis und es passt auch wirklich wie die Faust aufs Auge, dass Sie hier und

- A heute gleich Nägel mit Köpfen machen können und das Gesetz zur Umsetzung dieses Vorhabens gleich beschließen und, Herr Beuß, die Deckung dafür ist dann auch vorhanden. Sie werden sich das dann später, wie auch bisher, auf Ihre Fahnen schreiben, aber auch das soll uns recht sein zum Wohl von Hamburgs Kindern.

(Beifall bei der SPD-Fraktion)

Das zweite Anliegen unseres vorliegenden Antrags ist die Abschaffung der Kosten für das Mittagessen in Hamburgs Kindertagesstätten. Die CDU fand es ja gut und richtig, auch hier noch abzukassieren, und zwar gleichmäßig und in gleicher Höhe bei allen, ohne soziale Staffelung, was bei den Mindestbeitragszahlern im Kindergarten eine Erhöhung der Kindergartengebühr um 50 Prozent bedeutete. Wir waren dagegen, die GAL war dagegen und wir sind von den Wählerinnen und Wählern auch hier mit einer Mehrheit ausgestattet worden, um diese unsoziale Abzockergebühr, die den Kindern schadet und die soziale Schere noch weiter öffnet, wieder abzuschaffen. Es ist ein klarer Wählerauftrag, den man entweder erfüllen oder missachten kann – jetzt, hier und heute.

(Beifall bei der SPD-Fraktion und bei *Kersten Artus DIE LINKE*)

Die Menschen, die Eltern und Familien in dieser Stadt müssen diese Kosten Monat für Monat aufbringen. Viel schlimmer ist, dass viele diese Kosten nicht aufbringen können und ihre Kinder dann kein warmes Essen bekommen. Es ist überhaupt nicht vermittelbar, warum Sie das aus koalitionstaktischen Gründen noch weiter hinausschieben wollen.

- B (Beifall bei der SPD-Fraktion und bei *Kersten Artus* und *Dr. Joachim Bischoff*, beide *DIE LINKE*)

Stimmen Sie jetzt zu. Sie haben es Ihren Wählerinnen und Wählern versprochen. Bei der Politik für Hamburgs Kinder, vor allem für die Kleinen, ist es nämlich anders als bei Ihren Diskussionen über Kraftwerke und Ähnliches. Bei den Kindern ist jede Woche, die sie in ihrer Entwicklung verlieren, von Bedeutung. Da ist jedes Mittagessen, das die Kinder wieder bekommen, für ihre Entwicklung wichtig oder hat sich Ihre Meinung da geändert, Frau Goetsch?

(*Christa Goetsch GAL*: Nein!)

Deswegen gehe ich auch davon aus, dass Sie unseren Antrag nicht auf die lange Bank schieben, damit Sie ihn in ein paar Wochen als Verhandlungserfolg präsentieren können. Dieses ist heute schon auch eine Stunde der Wahrheit. Waren die Wahlversprechen leeres Gerede oder können sich die Menschen auch darauf verlassen, was ihnen vor der Wahl versprochen wurde. Da gibt es auch nichts mehr zu beraten.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD-Fraktion)

Wir haben dieses Thema hier und auch im Ausschuss immer und immer wieder mit Experten und im Detail besprochen. Die Kosten sind bekannt. Es handelt sich um etwa 7 Millionen Euro jährlich für alle Hamburger Kinder in Betreuung. Das sind über 50.000 Kinder. Diese Vorlage ist beschlussfähig. Nach der Wahl ist vor der Wahl und passen Sie auf, dass hier nicht der Eindruck entsteht, dass Ihnen die Fleischtopfe des Senats wichtiger sind als die Suppenschüsseln in den Kindertagesstätten. – Danke.

(Beifall bei der SPD-Fraktion)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ihr Antrag ist leicht zu durchschauen. Es geht Ihnen weniger um die Sache, die ist gar nicht so vordringlich, sondern Ihr Ziel ist, ein bisschen Sand in die Koalitionsverhandlungen zu streuen. Das haben Sie sich wahrscheinlich so gedacht. Das ist auch legitim und können Sie gerne machen. Das würden wir vielleicht an Ihrer Stelle auch versuchen, aber ich kann Ihnen versichern, dass Ihnen das nicht gelingen wird.

(Beifall bei der CDU-Fraktion – *Carola Veit SPD*: Zum Thema!)

Wir werden in Ruhe und unaufgeregt die Verhandlungen fortsetzen und dann freue ich mich schon auf die weitere Debatte mit Ihnen. Da werden wir noch genug Gelegenheit haben, ins Gespräch zu kommen. Frau Ernst sprach davon, dass das Fenster nur kurze Zeit da wäre. Ich kann Ihnen nur sagen, dass das Fenster für solche Showanträge mit Sicherheit zu ist, denn das macht hier keiner mit.

(Beifall bei der CDU-Fraktion – *Michael Neumann SPD*: Aber, dass Sie schon etwas für die GAL erklären, hätte ich nicht gedacht!)

Zu dem, was Sie, Frau Veit, zu der Sache mit der Mehrheit gesagt haben: Spätestens nach den Äußerungen der Genossin Schneider zur Tibet-Frage muss ich sagen, dass ich mich über die Mehrheit, die Sie da aufbauen, nur erschrecken kann.

(Beifall bei der CDU-Fraktion – *Michael Neumann SPD*: Ich sage nur ein Wort: Schill!)

Präsident Berndt Röder: Wünschen Sie das Wort, Frau Abgeordnete Blömeke? Das Wort hat die Abgeordnete Blömeke.

Christiane Blömeke GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion. Inhaltlich liegen Sie mit Ihrem Antrag wirklich voll im Trend. Das muss man eindeutig sagen, denn Sie konnten es alle lesen, hören und sehen und Frau Veit hat es eben auch gesagt: Wenn es zu einer schwarzgrünen Koalition kommt, dann ist das kostenfreie Jahr vor der Schule beschlossene Sache, egal, ob in der Kita oder in der Schule. Das, meine Damen und Herren, ist wirklich ein entscheidender Durchbruch im Bereich der frühkindlichen Bildung. Das wissen wir alle.

(Beifall bei der GAL-Fraktion)

Deshalb, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, sind Ihre inhaltlichen Ausführungen in dem Antrag auch durchaus richtig. Wesentliche Weichenstellungen erfolgen vor der Grundschule, Bildung darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein. Das sind alles Forderungen, die wir schon lange aufgestellt haben. Das politische Ziel ist also klar und war uns übrigens schon vor vielen Jahren klar. Frau Veit, ich war in der letzten Legislatur oft mit Ihnen einer Meinung, aber sich jetzt hier hinzustellen und zu sagen, die SPD sei stolz, weil sie wieder die Richtung für die Kita vorgegeben habe, ist doch ein bisschen nach dem Motto "sich mit fremden Federn schmücken".

C

D

- A Ich will einmal darauf hinweisen, gerade auf für die LINKEN, die noch nicht so in der Historie drin sind:

(Dr. Michael Naumann SPD: Die LINKEN sind die Historie!)

Bereits 2002 hat die GAL einen Antrag "Bildungsjahr 5 plus gestalten" gestellt. In den Haushaltsberatungen 2004 gab es ebenfalls einen Antrag von uns, das letzte Jahr vor der Schule kostenfrei zu machen. So ging es dann im Laufe der gesamten Legislatur weiter.

Kommen wir doch noch einmal auf Ihren Antrag zurück. Inhaltlich ist er voll im Mainstream der grünen Politik, aber er hat einen entscheidenden Haken und den haben wir auch schon bei den Studiengebühren besprochen: Er macht keinerlei Aussagen über Finanzierung. Das, meine Damen und Herren, sehe ich wirklich als ein bisschen unsolid an. Mein Kollege Willfried Maier ist zwar nicht mehr da, aber das Erbe hat er irgendwie hinterlassen, dass wir da doch ein bisschen genauer hinsehen. In Ihrem Antrag ist dazu nirgendwo auch nur eine kleine Passage zu finden. Das kostenfreie Vorschuljahr kostet rund 15 Millionen Euro, das Mittagessen, das Sie fordern, 7 bis 8 Millionen Euro. Das sind mal eben 22 Millionen Euro. Das kann man nicht mal so per Fingerzeig abstimmen, sondern es ist üblich – das ist auch keine Notlösung und hat auch nichts damit zu tun, dass wir irgendwie in Bedrängnis sind –, dass das natürlich in den Ausschuss gehört, in dem so etwas beraten wird. Solche Finanzen kann man nicht einfach so abstimmen. Meine Kollegin Dr. Gumbel hatte schon gesagt, dass wir im Moment den Haushaltsausschuss nicht haben und es deshalb der Verfassungsausschuss ist. Politisch sind wir uns in dem Ziel sicherlich alle einig. Das Bildungsjahr wird kommen, kostenfrei in der Kita und in der Vorschule, wenn es zu dieser Koalition kommt. Wir sind uns inhaltlich auch mit der SPD-Fraktion einig und, ich glaube, wie ich es jedenfalls noch aus den Wahlkampfzeiten weiß, auch mit den LINKEN.

(Michael Neumann SPD: Herr Hackbusch weiß das sicherlich noch!)

Aber wir sollten uns doch an den parlamentarischen Ablauf halten und derartige Finanzsummen im Haushaltsausschuss beziehungsweise zunächst im Verfassungsausschuss beraten.

(Beifall bei der GAL-Fraktion)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Artus.

Kersten Artus DIE LINKE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die LINKE wird den Antrag der SPD, ein kostenloses Mittagessen in Kitas zur Verfügung zu stellen und das letzte Jahr vor der Einschulung die Gebühren für den Kita-Besuch zu streichen, unterstützen. Es war eine unserer Forderungen in unserem Sofortprogramm zu den hamburgischen Bürgerschaftswahlen. Außerdem gibt es noch eine Partei in dieser Bürgerschaft, die dies gefordert hat, die GAL.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der GAL: Ich finde, Ihr eiert hier heute ganz schön rum.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD-Fraktion)

Aus unserer Sicht sind diese beiden Maßnahmen ein erster Schritt aktiver Armutsbekämpfung. Hamburg kann

es sich eigentlich nicht leisten, kleine Schritte in dieser Frage zu gehen, denn die Armut in Hamburg verdient deutlichere Gegenmaßnahmen. Aber wir werden deswegen natürlich kleine Schritte nicht ablehnen. Ich kann Ihnen aber schon heute ankündigen, dass Sie für die kommenden Monate weitere Maßnahmen zur Entscheidung zur Armutsbekämpfung von der LINKEN vorgelegt bekommen.

Das warme Mittagessen kostet im Monat 13 Euro. Dieser Betrag erscheint auf den ersten Blick nicht hoch und in der Tat wurde eine entsprechende Kleine Anfrage der SPD im Dezember 2007 dergestalt beantwortet, dass 60 Cent pro Tag für ein warmes Mittagessen nicht viel seien. Das zeigt, dass der Senat keine Ahnung hat, was es heißt, arm zu sein.

(Beifall bei Wolfgang Joithe-von Krosigk DIE LINKE)

Es zeigt, dass der Senat auch noch bei den Ärmsten abkassiert. 13 Euro im Monat sind für einen Hartz-IV-Empfänger, für eine Hartz-IV-Empfängerin nicht selten eine glatte Überforderung. Die Abschaffung der Kostenpflicht ist deswegen überfällig. Es kommt aber hinzu – und deswegen ist das kostenlose Mittagessen in Kitas wirklich nur ein kleiner Schritt –, dass Nichterwerbstätige beim Kita-Zugang diskriminiert werden. Auch das muss beendet werden,

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

denn Kinder von Nichterwerbstätigen und Hartz-IV-Empfängerinnen und -Empfängern haben mitnichten, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft in Hamburg die gleichen Chancen auf frühkindliche Bildung, wie dies vor einiger Zeit in einer Senatsverlautbarung dargestellt wurde.

Der Hartz-IV-Tagessatz für Lebensmittel beträgt pro Kind 2,57 Euro. Davon kann kein Kind vernünftig und gesund ernährt werden. Das wissen wenigstens alle hier im Raum, die Kinder haben. Zumindest wissen es diejenigen, die einkaufen gehen und Mittagessen kochen. Das Geld reicht auch dann nicht, wenn für ein Mittagessen in einer Kita 60 Cent davon abgezogen werden. Erwerbslose Eltern haben keine Chance, ihre Kinder länger als fünf Stunden in eine Kita zu geben. Auf einen Krippen- oder Hortplatz haben sie gar keinen Anspruch. Kinder von Geringverdienerinnen und -verdienern und Erwerbslosen, die im Krippenalter sind, kippen schon ganz aus dem hamburgischen Betreuungssystem heraus. Ihnen fehlt die wichtigste Basis auf frühkindliche Förderung: das Lernen mit anderen Kinder unter pädagogisch geschultem Personal. Zudem gibt es noch viele Kinder, die nicht in eine Kita gehen oder unter drei oder über sechs Jahre alt sind, die aufgrund der ökonomischen oder auch psychischen Situation der Eltern keine gesunde warme Mahlzeit am Tag bekommen und auf Armenspeisung angewiesen sind, nicht etwa in einem Dritte-Welt-Land, sondern in dieser Metropole Hamburg.

Und dann kommt es auch immer darauf an, um welche Arbeit es sich handelt beziehungsweise welche Arbeitszeiten jemand hat, wie das Kind versorgt wird. Hier ist das Kindeswohl aufgrund dieses Gutscheinsystems vom Arbeitgeber der Eltern abhängig. Wenn eine Mutter oder ein Vater zum Beispiel einen Putzjob in einem Büro in der HafenCity hat, dann werden sie oder er diesen Job erledigen müssen, bevor das Büropersonal zur Arbeit kommt, das heißt, wir sprechen von Arbeitszeiten in den frühen

- A Morgenstunden. Wenn der Job dann um 9.00 Uhr oder 10.00 Uhr erledigt ist, muss das Kind wieder abgeholt werden, denn genau für diese Zeit wurde der Gutschein ausgegeben und nichts ist mit Mittagessen in einem Kindertagesheim.

Hinzu kommt außerdem, dass die Ausstattung der Kitas und die Gehälter und Arbeitszeiten der Erzieherinnen und Erzieher davon abhängig sind, in welchem Stadtteil eine Kita liegt, denn in Stadtteilen mit hoher Erwerbslosigkeit gibt es weniger Acht-Stunden-Gutscheine und damit weniger Geld für Personal- und Sachausstattung. Das heißt, mit dem Gutscheinsystem wird Ungleichheit sogar noch forciert. Das ist Ihnen seit Jahren bekannt, sonst würden Sie sich hier und jetzt auch nicht unterhalten. Dennoch wird zugelassen, dass die Kinderarmut weiterhin steigt und die Auslese der Menschen schon stattfindet, bevor sie aus den Windeln heraus sind.

Wer hier noch von Chancengleichheit redet, hat den Blick für die Realitäten verloren. Oder ist das vielleicht sogar gewollt? Wollen Sie nur diejenigen fördern, wo die Eltern notfalls noch das Geld haben, kräftig in Nachhilfe zu investieren, damit es mit dem Abitur nach zwölf Jahren auch klappt, und die Studiengebühren kein Thema sind? Wir wollen, dass Krippen-, Kita- und Hortplätze in Hamburg kostenfrei sind ebenso wie das Mittagessen.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Die Fraktion DIE LINKE spricht sich außerdem dafür aus, das Gutscheinsystem durch einen freien bedarfsgerechten Zugang zur frühkindlichen Bildung und pädagogischen Betreuung zu ersetzen. Darin liegt die Verantwortung dieser Bürgerschaft und des neuen Senats und nicht darin, immer teurer werdende Leuchtturmprojekte wie die Elbphilharmonie zu initiieren.

B

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Präsident Berndt Röder: Der Abgeordnete Böwer hat das Wort.

(Wolfgang Beuß CDU: Der hat doch Redeverbot!)

Thomas Böwer SPD:* Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Christiane Blömeke hat im Zusammenhang mit der heute zu beratenden Gesetzesänderung des Kinderbetreuungsgesetzes davon gesprochen, dass man sich im Erbe von Willfried Maier befände, jenem haushaltspolitischen Sprecher der letzten Legislaturperiode ihrer Fraktion. Das ist in Sachen Kita, liebe Christiane Blömeke, kein gutes Erbe.

(Christiane Blömeke GAL: Na, na!)

Willfried Maier hat dem Kinderbetreuungsgesetz in diesem Hause nicht zugestimmt, daran können wir uns erinnern, er hat sich der Stimme enthalten.

(Antje Möller GAL: Man soll nicht schlecht über Leute reden, die nicht mehr da sind!)

Das ist einer der Punkte, wo man sich fragen muss, wie so man sagt, das sei das Erbe. Christa Goetsch und ich wissen, wie schwierig es ist, wenn man sich als Bildungssenator in Kitafragen verhandelt; das kann tragisch enden. Dieses Schicksal, liebe Christa Goetsch, möchte ich an dieser Stelle ersparen. Aus diesem Grunde ist der hier vorliegende Gesetzesentwurf einer, der für die Eltern in Hamburg, aber auch für die Kitas Klarheit schafft. Er macht nämlich, anders als das, was wir im Augenblick

gehört haben, ab dem 1. August dieses Jahres Ernst mit der Sache und schafft die Beiträge für das dritte Kindergartenjahr ab und das wäre gut, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD-Fraktion)

Wenn dieses Haus dem Gesetzesentwurf folgt, dann gibt es auch Klarheit für die Eltern in der Frage, ob für Mittagessen ebenfalls ab dem 1. August dieses Jahres Beiträge erhoben werden. Wenn Sie diesem Gesetzesentwurf folgen – abweichend übrigens vom Erbe von Willfried Maier –, dann ist es gut für die Eltern und schafft Klarheit.

Nun habe ich gehört, man habe in den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und GAL auch über Beitragsfreiheit für das dritte Kindergartenjahr gesprochen.

(Frank Schira CDU: Was Sie alles gehört haben!)

– Das stand in der Zeitung, Herr Schira, können Sie nicht lesen?

Ob Lesen oder Hören, eines ist allerdings an dieser Stelle zu fragen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Wie ist es mit Herrn Naumann?)

Welchen Preis müssen die Hamburger denn für eine derartige Beitragsfreiheit zahlen? Der Preis ist doch der, Frau Goetsch, dass Sie die Beitragsfreiheit des dritten Kindergartenjahres mit der Zerschlagung einer gut funktionierenden Hamburger Kitalandschaft konditionieren.

(Antje Möller und Farid Müller, beide GAL: Oh, oh! – Olaf Ohlsen CDU: Ach, halt doch auf!)

Auf diesen Punkt werden wir in der nächsten Zeit genau achten. Das ist der Preis für Ihre Art von Freiheit, das kann nicht unsere sein. Deswegen sollten Sie dem Gesetzesentwurf zustimmen. – Danke.

(Beifall bei der SPD-Fraktion)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Blömeke.

Christiane Blömeke GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrter Kollege Böwer, ich kann Frau Artus noch verstehen. Sie hat die letzte Legislaturperiode nicht mitgemacht und natürlich haben wir hier rauf und runter die Zustände der Kindertagesbetreuung diskutiert. Genau das hat sie als Rundumschlag hier auch noch einmal gemacht.

Aber was Thomas Böwer jetzt hier dargestellt hat, empfinde ich ein bisschen unsinnig. Ich will es noch einmal erklären, vielleicht ist es hinten nicht richtig angekommen. Wir reden inhaltlich über einen Antrag, bei dem wir vermutlich, so höre ich es, alle einer Meinung sind. Klar war, heute stand es in der Presse, dass dies in den Koalitionsverhandlungen auch ein Punkt sein wird. Jetzt kommt Herr Böwer und sagt,

(Wolfgang Beuß CDU: So kennen wir ihn ja!)

Willfried Maier hätte damals nicht zugestimmt. Man kann natürlich den eigenen Antrag so verdrehen. Ich habe vorhin gesagt – das will ich noch einmal ganz deutlich für den Kollegen Böwer wiederholen –, dass in dem SPD-Antrag jegliche Finanzierungsangabe und Deckung fehlt. Sie greifen aus einem luftleeren Raum irgendwo 23 Milli-

C

D

- A onen Euro und sagen, setzen wir das doch heute einmal um. Das geht so nicht und das wissen Sie auch. Wenn Ihr alter Kollege Zuckerer noch hier wäre, dann würde der jetzt nicken. Darum muss dieser Antrag an den Haushaltsausschuss überwiesen werden und es ist überhaupt kein Problem, dann darüber zu sprechen.

(Beifall bei den Fraktionen GAL und CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Yildiz.

Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen!

(Heiterkeit bei allen Fraktionen – Dr. Michael Naumann SPD: Aber er liebt doch alle!)

Das ist natürlich ein Fremdwort für euch, das kann ich verstehen.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Kollege, Sie können jeden persönlich begrüßen, aber das machen wir hier üblicherweise nicht.

Mehmet Yildiz (fortfahrend): Welchen grundlegenden Beitrag die Kitas zur Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit, Chancengleichheit und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten und weshalb sie nicht umsonst den elementarsten Teil unseres Bildungs- und Erziehungssystems darstellen, brauche ich hier eigentlich nicht darzustellen.

- B (Zurufe)

– Wenn ihr möchtet, dann können wir uns extra treffen.

Doch erlauben Sie mir bitte trotzdem, in diesem Zusammenhang auf einen besonderen Aspekt aufmerksam zu machen. Dieser Aspekt betrifft die eminente Bedeutung der Kitas in Bezug auf die Integration. Diejenigen von Ihnen, die sich seit Längerem darüber Gedanken machen, werden mir sicherlich zustimmen, wenn ich behaupte, dass die Kitas Orte in unserer Gesellschaft sind, wo die Integration mit relativ wenig Reibung und Hindernissen verwirklicht werden kann und verwirklicht wird.

Ohne Zweifel sind Kitas Orte vieler Bildungsprozesse, und zwar nicht nur im Hinblick auf die Kinder, sondern auch der Gesellschaft schlechthin. Hier gibt es kein kulturbedingtes Vorurteil, das nicht im Laufe des gemeinsamen Lernens und Erlebens im engsten Sinne des Wortes kinderleicht überwältigt werden könnte. Das Fundament für eine erfolgreiche Integration, das in den Kitas gelegt wird, wird sicherlich nicht das Alleinbestimmende sein, doch dieses Fundament wird ohne Übertreibung das Mitbestimmende für das Leben dieser Gesellschaft in Miteinander statt Nebeneinander sein.

Nun könnte man meinen, wenn dem so sei, dann würden die Kitas auch und insbesondere im Hinblick auf die Integrationsfrage diesen außerordentlichen gesellschaftlichen Stellenwert haben. So müsste es doch mehr als selbstverständlich sein, dass eine Stadt alles daransetzt, dass möglichst alle Migrantenkinder einen Kitaplatz bekommen, aber umsonst.

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

C Und nicht nur das: Die Logik dieses "Meinens" gebietet regelrecht, dass eine Stadt angesichts dieses Sachverhalts die Aufnahme der Kinder überhaupt – also nicht nur der Migrantenkinder – in die Kitas nicht von der sozialen und finanziellen Situation der Familien abhängig macht, sondern von den berechtigten Ansprüchen der Kinder an die Gesellschaft und der Verantwortung der Gesellschaft gegenüber den Kindern.

Meine Damen und Herren! In dieser Logik liegt wohl der Hund begraben. Wenn man sich die soziale Realität der Kitas unserer Stadt gegenwärtig anguckt, die seit einigen Jahren von der CDU-Politik geprägt wird, einer Politik, die auch auf dem Gebiet der Kitas Hürden finanziell-sozialer Art aufstellt statt sie zum Gemeinwohl aller Betroffenen abzubauen, so muss man feststellen, dass hier mit dem Hunde auch die Logik begraben wurde.

Die Integration kann selbstverständlich ohne das Fordern nicht auskommen. Aber wenn dem Fordern nicht das Fördern vorangeht, dann wird das Fordern unglaublich, eine leere Phrase. Es ist ein Selbstanspruch der Gesellschaft, ihren Kindern die bestmögliche Bildung und Erziehung zu gewähren. In diesem Sinne ist das Recht der Kinder auf kostenlose ganztägige Kitas, unabhängig von der sozialen und finanziellen Situation der Familien, eigentlich nur ein Ausdruck des Anspruchs der Gesellschaft, die sie an ihre Zukunft stellt. Wir können aber von unserer Zukunft nichts fordern, wenn wir unsere Kinder nicht fördern, so wie wir keine erfolgreiche Integration erwarten können, wenn eine bedeutende Zahl – das werden in Zukunft fast 50 Prozent der Kinder sein – von Migrantenkinder nicht kostenlos die ganztägigen Kitas besuchen dürfen. – Vielen Dank.

D

(Beifall bei der Fraktion DIE LINKE)

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, berufe ich nach Paragraph 6 Absatz 2 der Geschäftsordnung den Ältestenrat ein. Ich unterbreche die Sitzung für zehn Minuten.

Unterbrechung: 17.44 Uhr

Wiederbeginn: 18.00 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, wieder Platz zu nehmen und den Kollegen vor den Saaltüren mitzuteilen, dass wir die Sitzung fortsetzen wollen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 27 noch einmal auf. Wir hatten die Wortmeldung bereits abgearbeitet und kommen jetzt zur Abstimmung.

Wer stimmt einer Überweisung der Drs. 18/30 an den Verfassungsausschuss zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? — Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Die in der Geschäftsordnung für bestimmte Punkte der Tagesordnung vorgesehene

Sammelübersicht*

* Siehe Anlage Seite 45

- A haben Sie in einer Neufassung erhalten. Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft die unter A aufgeführten Drucksachen zur Kenntnis genommen hat. Wer stimmt dem Überweisungsbegehren unter B zu? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 16, Drs. 19/50, Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft: Verlängerung des nationalen Mandats eines Mitglieds des Ausschusses der Regionen der Europäischen Union.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Verlängerung des nationalen Mandats eines Mitglieds des Ausschusses der Regionen (AdR) der Europäischen Union

– Drs. 19/50 –]

Mir ist hierzu mitgeteilt worden, dass aus den Reihen der SPD-Fraktion gemäß Paragraf 26 Absatz 6 der Geschäftsordnung das Wort begehrt wird. Der Abgeordnete Frank hat es für maximal fünf Minuten.

Günter Frank SPD:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit dieser Drucksache soll die Bürgerschaft zur Kenntnis nehmen, dass die bisherige Mitgliedschaft des CDU-Abgeordneten Harlinghausen im europäischen Ausschuss der Regionen ohne Beschlussfassung in der neuen Wahlperiode verlängert worden ist, das heißt, ohne eine erneute Legitimation durch die neue Hamburgische Bürgerschaft.

- B (Michael Neumann SPD: Geht das überhaupt?)

Das ist politisch gesehen nicht nur bemerkenswert, sondern auch nicht zu akzeptieren und rechtlich gesehen äußerst zweifelhaft. Wir erwarten vom Präsidenten, dass er diese Drucksache zurückzieht.

(Beifall bei der SPD-Fraktion)

Er wäre sowieso gut beraten, sich seiner eigenen Auffassung und der seiner Fraktion aus dem Jahre 2004 anzuschließen. Wir hatten im Jahre 2004 mit der SPD-Abgeordneten Barbara Brüning – damals stellvertretendes Mitglied im Ausschuss der Regionen – den gleichen Fall. Es ging damals wie heute auch um die Frage, wann ein solches Mandat abgelaufen ist und ob neu gewählt werden muss. Der Präsident selbst und die CDU haben diese Frage mit Ja beantwortet und alle Fraktionen haben sich nach strittiger Diskussion im Verfassungsausschuss dieser Auffassung angeschlossen. Ich darf einmal zitieren, damit man das glaubt. Es gibt eine Unterrichtung des Präsidenten von damals – Unterschrift: Berndt Röder, Präsident –, in der es heißt:

"Zum anderen bestimmt sich das Erlöschen des nationalen Mandats allein nach nationalem Recht. Daraus wäre meiner Ansicht nach zu schlussfolgern, dass sich im vorliegenden Fall die Beendigung des Bürgerschaftsmandats des bisherigen stellvertretenden Mitglieds im AdR nach dem hamburgischen Verfassungsrecht richten müsste. Damit ist der Grundsatz der parlamentarischen Diskontinuität als Ausfluss des demokratischen Prinzips in unserer Verfassung ausdrücklich niedergelegt. Demzufolge wäre (...) das AdR-Mandat mit Ende der gesamten Wahlperiode erloschen."

Das ist die Position der CDU und des Präsidenten vor wenigen Jahren gewesen. Herr Reinert hat das in der Ausschussdebatte bestätigt. Er hat sich zunächst auf die damalige Bürgerschaftspräsidentin Frau Dr. Stapelfeldt berufen, die etwas vorgelegt hatte, und sagt:

"Dann heißt es, dass nach dem Nizza-Vertrag die Amtszeit der AdR-Mitglieder mit dem Ablauf der Wahlperiode endet."

Das heißt also, wenn das Parlament, welches sie entsendet, neu gewählt wird.

Diese Auffassung hat auch der neue Bürgerschaftspräsident vertreten und es gibt keinerlei begründete rechtliche Zweifel. Das sind die Positionen der CDU, aber das ist auch die Position aller anderen gewesen. Es gab eine strittige Diskussion im Verfassungsausschuss, aber alle Fraktionen haben sich dann dieser Auffassung angeschlossen. Ich darf die CDU und auch den Präsidenten fragen, warum diese demokratische Anforderung nicht heute gelten soll und gelten muss und

(Beifall bei der SPD-Fraktion)

warum die Bürgerschaft in diesem Falle übergangen werden und hier nicht gewählt werden soll. Damit sind Sie aus unserer Sicht politisch völlig unglaublich geworden.

Der Generalsekretär, auf den Sie sich auch berufen haben, hat noch etwas gesagt und das ist auch Ihrer damaligen Drucksache zu entnehmen und das gilt auch heute noch. Er hat gesagt – ich zitiere aus der damaligen Drucksache –:

"Die Frage, zu welchem Zeitpunkt das im AdR zugrunde liegende nationale Mandat abgelaufen ist, ist nach Auskunft des Generalsekretariats allein nach nationalem Recht zu beantworten."

Das gilt auch heute noch. Wenn diese Drucksache nicht zurückgezogen und wenn hier nicht gewählt wird, hat Herr Harlinghausen aus unserer Sicht keine politische Legitimation für eine Arbeit im AdR.

Kommen Sie mir bitte nicht mit der Feststellung des Rats in einem Antwortschreiben an den Ausschuss der Regionen vom 27. Mai 2005. Das steht auch wortwörtlich in dieser jetzt hier vorliegenden Drucksache. Alle Gesprächspartner in Brüssel, die fachlich zuständig sind, haben mir versichert, dass es zwar eine europäische Anforderung gibt, aber die Frage der politischen Legitimation nach nationalem Recht beantwortet werden muss. Der Präsident und alle Fraktionen haben diese Frage beantwortet. Ziehen Sie diese Drucksache bitte zurück. Sie haben einen Fehler gemacht. Das kann jedem passieren. Wir werden an dieser Stelle nicht lockerlassen.

(Beifall bei der SPD-Fraktion und vereinzelt bei der Fraktion DIE LINKE)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Hesse.

(Uwe Grund SPD: Was geht uns das Geschwätz von gestern an?)

Klaus-Peter Hesse CDU:* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Frank, meine Damen und Herren, die eben so fleißig geklatscht haben! Es ist immer ein bisschen schwierig, wenn man

- A rechtliche Auslegungen politisch bewerten soll, insbesondere wenn man kein Jurist ist. Aber lieber Kollege Frank, seit 2004 hat sich in dieser Frage tatsächlich etwas getan, es hat Veränderungen gegeben. Ich denke, dass Ihre Aufregung, die Sie hier am Podium gezeigt haben, deswegen auch nicht nachzuvollziehen ist, da die Situation aus Sicht der Union mittlerweile eindeutig geklärt ist. Die Entscheidung im Jahre 2004, auf die Sie reflektiert haben, über den eventuellen Verlust eines Mandats, erfolgte auf der Grundlage des bereits von Ihnen erwähnten Artikels 263 des Vertrags von Nizza und entsprach tatsächlich der damaligen Lage. Es ist richtig, dass diese Auslegung strittig war und seitdem natürlich auch diskutiert wurde.

Auch in anderen Mitgliedsstaaten gab es unterschiedliche Auffassungen. Es gab ähnliche Fälle, also gab es die rechtliche Klärung seit 2004. Aufgrund dieser Auslegungsschwierigkeiten wurde der Europäische Rat vom AdR auch zu einer Klarstellung aufgefordert.

Ende Mai 2005 hat der Rat geantwortet – Sie sprachen es bereits an –, dass er bei der Prüfung dieser Fälle – damit wahrscheinlich auch des Hamburger Falls – im Lichte der seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Nizza gesammelten Erfahrungen zu den Schlussfolgerungen gekommen ist, die der Präsident auch in der Drs. 19/50 wirklich wiedergegeben hat und die eine Neubestellung nicht erfordern.

Anders verhält sich die Sachlage bei der Nominierung der Stellvertretung, die auch den geklärten Verfahren entsprechend durchgeführt wird.

- B Übrigens wurde während der Geschäftsführung des AdR die Neufassung vom Februar 2007 um diesbezügliche Auslegungsregeln ergänzt. Dieser nach Klärung neu erstellten Auslegungsauffassung des Rats und der Regelung in der AdR wurde seitens der Bürgerschaftskanzlei und des Präsidenten gefolgt. Mehr ist aus Sicht der Union auch nicht erforderlich.

Wir gehen davon aus, dass der Präsident daher in der Drucksache – er ist übrigens auch Jurist, insofern macht mich das besonders sicher –

(Zurufe von der SDP-Fraktion: Oh, oh! – Ingo Egloff SPD: Uns nicht!)

die Rechtslage richtig erkannt und umgesetzt hat. Wir sehen daher nicht den Bedarf, hier eine Änderung vorzunehmen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU-Fraktion)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Maaß.

Christian Maaß GAL: * Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben zwei unterschiedliche Rechtsauffassungen gehört, die für mich beide – das möchte ich nicht verhehlen – eine gewisse Plausibilität erweckt haben. Das ist hier aber nicht abschließend zu beurteilen. Nun bin ich zufälligerweise Jurist, aber das überfordert mich auch in einer solchen Situation.

(Michael Neumann SPD: Das ist für einen Juristen selten, dass er das zugeben kann! – Zurufe von den Fraktionen GAL und SPD)

Deswegen würde es meinem juristischen Verständnis entsprechen, die Gelegenheit zu nutzen, um diese Frage

noch einmal in Ruhe zu erörtern. Sicherlich ist dafür nicht das Plenum der richtige Ort, sondern der Verfassungsausschuss. Insofern ist unser Wunsch, diese Drucksache an den Verfassungsausschuss zu überweisen. Es geht nicht darum, darüber abzustimmen, ob Herr Harlinghausen in den AdR geschickt werden soll, sondern es geht um die Frage, die hier in den Raum gestellt wurde, ob das Verfahren, wie es vom Präsidenten in der Drucksache dargestellt wurde, korrekt war oder nicht. Das muss man jetzt – auch im Hinblick auf die Zukunft – quasi nachträglich erörtern. Insofern beantragen wir, die Drucksache an den Verfassungsausschuss zu überweisen.

(Beifall bei den Fraktionen GAL und SPD und bei Hans-Detlef Roock CDU)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich lasse zunächst über den Überweisungsantrag dieser Drucksache an den Verfassungsausschuss abstimmen.

Wer möchte so beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 22, Drs. 19/25, Antrag der SPD-Fraktion: Gute Arbeit verdient faire Löhne – Hamburg setzt sich für einen gesetzlichen Mindestlohn ein.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Gute Arbeit verdient faire Löhne –
Hamburg setzt sich für einen gesetzlichen Mindestlohn ein
– Drs. 19/25 –]**

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Verfassungsausschuss überweisen. Wer möchte so beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 23, Antrag der SPD-Fraktion, Drs. 19/26: Gute Entlohnung für gute Arbeit für die Hamburger Ratsdienerinnen und Ratsdiener.

**Antrag der Fraktion der SPD:
Gute Entlohnung für gute Arbeit für die
Hamburger Ratsdienerinnen und Ratsdiener
– Drs. 19/26 –]**

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion ebenfalls an den Verfassungsausschuss überweisen. Wer möchte so beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Ich beende die Sitzung und wünsche Ihnen einen schönen Heimweg.

Schluss: 18.14 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung war nicht anwesend: die Abgeordnete Hanna Gienow.

AnlageNEUFASSUNG

Sammelübersicht gemäß § 26 Absatz 5 GO
für die Sitzung der Bürgerschaft am 2. April 2008

A. Kenntnisnahmen

TOP	Drs.- Nr.	Gegenstand
15	19/49	Volksinitiative "Mehr Demokratie – Ein faires Wahlrecht für Hamburg"
17	18/8073	Bericht der Härtefallkommission
18	18/8074	Bericht der Härtefallkommission
19	18/8075	Bericht der Härtefallkommission

B. Einvernehmliche Ausschussüberweisung

TOP	Drs.- Nr.	Gegenstand	auf An- trag der	Überweisung an
28	19/31	Die papierlose Bürgerschaft	SPD	Verfassungs- ausschuss